

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer: 30 Pf., monatlich 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk., halbjährlich 5,50 Mk., jährlich 10,00 Mk. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Veranlassungen 30 Pf. „Kleinanzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Expeditions-Adresse: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 30. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Lage der Bäckerei-Arbeiter Berlins.

Die Lohnkommission der Bäcker veröffentlichte soeben das Ergebnis einer Statistik, die über die Arbeits-, Lohn-, Kost- und Wohnungsverhältnisse der Berliner Bäckergesellen Auskunft gibt. Die Umfrage fand zu Anfang des vorigen Jahres statt und wenn sich die Lohnkommission der Bäcker entschlossen hat, erst jetzt das Material in einer Broschüre zusammenhängend der Öffentlichkeit zu unterbreiten, so geschieht es gewiss im Hinblick auf die Lohnbewegung, die gerade einleuchtend die krassen Uebelstände zu beseitigen. Für die Berechtigung dieses Verlangens bietet die Statistik den besten Nachweis. Es ist nicht die erste sozialpolitische Arbeit dieser Art, die uns die Organisation der Bäcker liefert. Schon im Jahre 1897 ist eine gleiche Arbeit unternommen, die sich besonders gegen das immer härtere und härtere auftretende Verlangen der Unternehmer richtete, den zwölfstündigen Arbeitstag im Bäckereigewerbe zu beseitigen. Damals wurde in trefflicher Weise der Nachweis geführt, daß die Bundesrats-Verordnung überhaupt noch gar nicht zur Durchführung gekommen ist, sondern fortgesetzt umgangen wird.

Und wenn von Erhebungen über die Lage der Arbeiter dieses Berufs die Rede ist, dann wird man nie die aufsehenerregende sozialpolitische Studie unseres Parteigenossen Webel vergessen dürfen, der mit seinem wichtigen Material das Interesse weiter Kreise wachrief. Dem ist später die Enquete der Kommission für Arbeiterstatistik gefolgt, der dann im weiteren Verlauf die Bundesrats-Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereibetrieben ihr Entstehen verdankt. Diese Enquete hätte gewiss viel wichtigeres Material herbeigeführt, wenn sie sich nicht nur auf die Arbeitszeit und Lehrlingsverhältnisse beschränkt hätte. Diese Lücke hat die Statistik der Gewerkschaft ausgefüllt, wobei sie allerdings mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und ein erschöpfendes Bild nicht geben kann, da ihre Anfrage vielfach vor verschlossenen Türen Halt machen mußte.

Die Umfrage erstreckt sich auf 418 Betriebe, es ist das die Zahl der brandenburgischen und zurückgekommenen Fragebogen von 1800 in Berlin, Nixdorf, Schöneberg und Charlottenburg ausgehenden. Damit sind sofort die Schwierigkeiten, besonders das geringe Interesse der Arbeiter dieses Berufs an solchen Aufgaben der Gewerkschaft dargelegt. Aber diese Interesslosigkeit wird verständlich, wenn wir die elenden Verhältnisse berücksichtigen, unter denen die Arbeiter dieses Berufs zu leiden haben. Das Material, das hier zusammengetragen ist, behält auch so seine Bedeutung, selbst wenn es nur einen Teil der Betriebe umfaßt.

Auf die Frage, wo unser tägliches Brot hergerichtet wird, besagen die Antworten, daß die Arbeitsräume sich bei 272 Betrieben im Keller, 141 im Parterre, 2 im Souterrain befinden.

Die Räume sind meist eng, jedoch sah man davon ab, eine Ausweitung der Räume vorzunehmen, da die Verantwortung dieser Frage etwas kompliziert war und ungenügende Verantwortung beschränkt liegt. Man beschränkte sich darauf festzustellen, ob überhaupt die Möglichkeit einer reinen Luftzufuhr gegeben sei. Danach ergab sich, daß 218 Betriebe vorhanden, nach welchen genügend frische Luft in die Räume einziehen kann, für 181 Betriebe ist diese Möglichkeit nicht gegeben. 32 Fälle sind hier angegeben, wo die Arbeitsstätten als verpestete, dumpfige Höhlen bezeichnet werden. Diese Angaben beziehen sich ausschließlich auf Kellerbäckereien.

Bei eintretendem Temperaturwechsel wird sogar von parterre-liegenden Bäckereien angegeben, daß zeitweise das Wasser die Wände herunterlaufe.

Was die Lichtzufuhr betrifft, so scheint man hierauf weniger Wert bei der Fragestellung gelegt zu haben. Man stellte aber trotzdem fest, daß 17 Betriebe existieren, bei denen ein Eindringen des Tageslichts überhaupt unmöglich, sondern jeder Zeit Gas oder Petroleumlampen Verwendung finden müssen. Was für die Sauberkeit der Arbeitsstätten spricht, so sei angegeben, daß Mäuse, Schwaben, Motten, Ameisen, ja sogar Ratten in den Bäckereien auftreten. Man hat diese Frage deshalb gestellt, weil man überzeugt war, daß in Bäckereien, wo Ungeziefer, wie Mäuse und Ratten vorhanden sind, es gar nicht ausgeschlossen sein kann, daß auch das Mehl — auch wenn es in Säcken steht — derartigen Parasiten zugänglich wird. So werden nicht nur die Säcke zernagt, sondern all' möglicher Schmutz zu Nestern zusammengetragen, so daß man in gefüllten Wehläcken, die etwas länger den Lagerraum bilden, gegebenenfalls ganze Mäuse- und Rattenester findet. Was hier als ein Mangel über die Sauberkeit der Bäckereien empfunden werden muß, gilt in noch weit höherem Maße für die Sauberkeit der Backgeräte.

Nach 178 Angaben werden Semmeltücher überhaupt nicht gewaschen, in 47 Betrieben wird eine halb- oder vierteljährliche Reinigung derselben vorgenommen, in 28 eine monatliche und in 7 eine wöchentliche Reinigung. In 24 Fällen wird weiter angegeben, daß die Semmeltücher aus mangelnder Reinigung die unangenehmsten Gerüche verbreiten, daß vielfach sogar die darauf gelegte Ware hängen bleibt oder voll Schmutz klebt. Zwei Betriebe gaben sogar an, daß die Semmeltücher den Schichtenlappen ähnlich sind; in einem Betrieb wurden sogar als Semmeltücher die schmutzigen Handtücher der Gesellen Verwendung.

Was die Wademeier betrifft, so wird in 144 Betrieben wohl noch Gebrauch gepflegt, aber keine weitere gründliche Reinigung vorgenommen. In 152 Betrieben werden dieselben wöchentlich einer gründlichen Reinigung unterworfen. In 47 Betrieben werden dieselben alle 3 bis 4, 5 und 6 Wochen gründlich gereinigt. In zwei Betrieben wird sogar der Wademeier, da vielleicht kein Waschgefäß vorhanden ist, zum Waschen der Hülse verwendet.

Ob die Gesellen einen besonderen Raum zum Waschen hatten, ist bei der Fragestellung nicht erwähnt. In den weitaus meisten Betrieben ist es nicht, daß die Waschgefäße in den Bäckereien aufgestellt sind, ja vielfach bieten die Schlafräume nicht einmal Raum zum Ankleiden und müssen auch hier die Bäckereien in Anspruch genommen werden. Es ist bezeichnend für die Zustände in den Bäckereien, daß in keinem Betrieb ein Spundnapf angetroffen wurde.

Die Umfrage hat in Bezug auf die Arbeitszeit abermals festgestellt, daß die Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung vielfach umgangen werden. Die Arbeitszeit beträgt in 230 Betrieben 12 Stunden, in 106 Betrieben 13 Stunden, in 24 Betrieben 14 bis 15 Stunden, in 14 Betrieben 15—17 Stunden und in 4 Betrieben

18 Stunden. Für Lehrlinge wurde in 38 Betrieben bei 55 Lehrlingen die Arbeitszeit auf 10—12 Stunden, in 10 Betrieben bei 15 Lehrlingen auf 13—14 Stunden und in 16 Betrieben bei 25 Lehrlingen auf 15 Stunden angegeben.

Die Vorschriften über die Sonntagsruhe wurden nur in 241 Betrieben aufrecht erhalten; in 166 Betrieben wurden sie regelmäßig außer acht gelassen und in 123 Betrieben je nach Bedarf überschritten. Die Sonntagsarbeit ist mit Ausnahme von zwei Betrieben, die infolge eines Schichtwechsels eine 24—48stündige Ruhepause gewähren, allgemein üblich.

Die Löhne bewegen sich natürlich in sehr bescheidenen Grenzen. Für Werkmeister sind als Höchstlohn bei eigener Verpflegung 27 Mk. angegeben, wird Kost und Logis gewährt, ist ein Lohn von 21 bis herab auf 12 Mk. üblich. Bei den Gesellen schwankt er zwischen 5 bis 18 Mk. Der Höchstlohn wird aber nur gezahlt bei teilweise eigener Verpflegung.

Sehr trübe lauten die Angaben über das Logiswesen. Der Lage nach befinden sich 152 Schlafräume im Keller, 209 im Parterre, 8 in den Lagerräumen, 3 über oder neben dem Herdstall, 1 im Holzstall, 1 in der Küche des Meisters, 9 unter dem Dach und 4 über dem Backofen.

Ueber die Beschaffenheit derselben giebt man 100 Schlafräume als gute und geräumige, 192 Schlafräume als unsondere, dumpfige Räume an. Ueber ungenügende Reinigung derselben klagt man in 89 Betrieben, 247 werden täglich einer trockenen, 36 einer feuchten Reinigung unterworfen. Von den übrigen wird berichtet, daß in nachdem jede Woche oder alle 3—4 Wochen und in 63 überhaupt nicht gereinigt wird. Weiter sind 28 Schlafräume genannt, je welchen abwechselnd in einem Bett 2 Personen schlafen. In 2 Schlafräumen schlafen abwechselnd in 2 Betten 4 Personen, in einem Schlafrum abwechselnd in 2 Betten 5 Personen. In einem Betrieb ist zeitweise für einen Gesellen kein Bett vorhanden; er schläft neben den Betten seiner Kollegen auf einem von Wehläcken hergestellten Hinkelager. In 10 Bäckereien schlafen 2 Personen gleichzeitig in einem Bett. Die gewöhnlichsten Betten werden teilweise von Hausdienern, Konditoren, Tagelöhnern, Frühstücksjungen, ja sogar vom Dienstmädchen occupiert.

Betreffs des Bestands der Bettwäsche lauten die Angaben, daß man sich in 38 Betrieben überhaupt eines solchen Ereignisses nicht erinnert, 32 gaben den Bedarf auf ein Vierteljahr an und um schwanken die Angaben bis auf 2 bis 3 Wochen.

Ein Bedarf der Bettwäsche bei Eintritt eines neuen Gesellen soll nach 163 Angaben nicht statgefunden haben; nach 108 Angaben soll ein Wechsel vorgenommen worden sein, 17 Betriebe geben ihren Resten Logis außer dem Hause.

Sichvorrichtungen und Tische, die als das Allernotwendigste angesehen werden müssen, sind in 233 Schlafräumen nicht vorhanden (ja solche kommen nach Angabe auch nicht in den Arbeitsräumen vor). 23 Schlafräume haben für die von den Gesellen abgelegten Kleidungsstücke keine Spindeln. Die dort beschäftigten Gesellen hängen ihre Kleidungsstücke an die Wände oder in die Ecken der Schlafräume — notdürftig geschützt mit einem alten Tuch vor dem Wehlstand.

Daß bei solcher Unsauberkeit allerwärts Ungeziefer anzutreffen ist, ist selbstverständlich.

Mit der stark hervortretenden Abneigung der Bäckemeister gegen alle Reinlichkeit steht im Einklang, wenn berichtet wird, daß nur in 290 Betrieben pro Mann die Woche ein Handtuch geliefert wird. Nur in 78 Betrieben kommen auf den Mann zwei Handtücher und in einem Betrieb 4 Handtücher. Alle anderen lassen den Wechsel erst in längeren Zwischenräumen eintreten.

Kann man es den Arbeitern verdenken, wenn sie aus diesem patriarchalischen Verhältnis herauskommen wollen und die Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Meister verlangen?

Koch krasser treten die elendsten Zustände in den Bäckereien hervor, wenn wir uns den Einzelschilderungen einige wiedergeben. Wir finden da folgende Angaben:

Nr. 9. Die Bäckerei befindet sich im Süden von Berlin. In derselben sind 2 Gesellen und 1 Lehrling beschäftigt. Letzterer erhält nicht nur ganz erdärmliche Kost, sondern wird täglich über die gesetzliche zulässige Arbeitszeit beschäftigt. Desgleichen muß er Sonntags vormittags bis nahezu 10 Uhr arbeiten. Die Schlafräume, welche sich neben der Backstube befinden, ist 4 Meter lang, 2 Meter breit und 2 1/2 Meter hoch. In derselben schlafen 3 Personen. Derselbe wird als eine Wade voll Ungeziefer geschildert. Ebenso wird von den Semmelbüchern gesagt, daß dieselben 15 Monate lang ungewaschen gebraucht wurden.

Nr. 14. Die Bäckerei liegt im Centrum von Berlin. Sie beschäftigt drei Gesellen. Die Bäckräume liegen im Keller; dieselben haben wohl genügend Licht, doch herrscht daselbst eine verpestete, stinkende Luft. Das Wasser läuft von den Wänden bis vor die Beuten. Das Wasserbassin sieht fingerdick voll Schmutz, und doch wird das warme Wasser aus diesem Behälter zum Backen verwendet. Das Klosett befindet sich unmittelbar über dem Wehlboden. Dasselbe war schon vier- bis fünfmal verstopft und überflutete mit der Faeces den ganzen Roggenwehlkasten. Das daselbst vorhandene Mehl wird ruhig zum Backen verwendet.

Nr. 22. Die Bäckerei liegt in einem Vorort von Berlin. Sie beschäftigt 2 Gesellen. Von den Schlafräumen wird berichtet, daß dieselben neben dem Wehlboden liegen und allen äußeren Einflüssen, wie Regen, Schnee und dergleichen ausgesetzt sind. Weiteren sind nicht vorhanden, man benutzt Herdedecken zum Zudecken. In einem wackeligen Bett schlafen die beiden Gesellen zusammen.

Nr. 25. Die Bäckerei befindet sich im Norden von Berlin. Es sind drei Gesellen in derselben beschäftigt. Die Arbeitszeit derselben beträgt täglich 15 Stunden. Die Schlafräume, welche voll von Ungeziefer sind, liegen zwischen dem Herd- und Holzstall. Zwei Personen schlafen abwechselnd in einem Bett. Festgestellt ist, daß die Semmeltücher überhaupt nicht gereinigt werden.

Nr. 169. Die Bäckerei befindet sich im Norden von Berlin und beschäftigt drei Gesellen. Die Bäckräume liegen parterre, doch kann kein Tageslicht in dieselben gelangen, da nur eine Glasheibe in der Führe, aber keine Fenster vorhanden sind. Die Schlafräume befinden sich direkt am Ofen, so daß es vor Hitze nicht auszuhalten ist. Die Gesellen, welche sich ein anderes Quartier suchen mußten, schlafen nun neben einem angepflakten Klosettrohr, den elendsten Gestank einatmend. In diesem neuen Schlafrum ist nicht einmal das Ankleiden möglich. Die Kost wird als sehr schlecht geschildert.

Nr. 219. Die Bäckerei befindet sich im Norden von Berlin und beschäftigt 2 Gesellen und 1 Lehrling. Die Bäckräume liegen im Keller und werden als dumpfig geschildert. Semmeltücher und Backeimer werden überhaupt nicht gereinigt. Die Lagerräume für Mehl und sonstige Materialien sind in einem sehr schmutzigen Zustand. Das Mehl wird nicht gesiebt, und so kam es vor, daß der Kot der Mägen im Teig zu finden war. In den Arbeits- und Schlafräumen treten als Ungeziefer Ratten auf. Der Lehrling, als williges Ausbeutungsobjekt, muß manchmal bis zu 20 Stunden arbeiten.

Nr. 237. Die Bäckerei liegt in einem Vorort von Berlin. Selbige beschäftigt einen Gesellen. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 17 bis 18 Stunden. Sonntags wird bis 12 Uhr des Mittags gearbeitet. Die Schlafräume befinden sich neben der Backstube. Es wird weder gereinigt, noch werden Betten gemacht. Des Nachts schlafen zwei Frühstücksjungen in dem vom Gesellen verlassenem Bett.

Nr. 322. Die Bäckerei befindet sich im Westen von Berlin und beschäftigt 2 Gesellen und 2 Lehrlinge. Die Maximalarbeitszeit wird täglich überschritten. Ebenso werden niemals die gesetzlichen Bestimmungen für die Lehrlinge eingehalten. Die Schlafräume befinden sich neben dem Herdstall und der Dünngabe. Ueber denselben befindet sich ein Lattenverriegel, der das ganze Ungeziefer in der Schlafräume abläßt. Gereinigt wird der Schlafrum nie. Die Spindeln der Gesellen sind aus Eisenstücken zusammengebaut. Die Kost wird als schlechte bezeichnet.

Gegenüber einem solchen Anlagematerial hätte die Gesetzgebung und Verwaltungsbehörde schon längst im Interesse der Konsumenten und der Arbeiter eingreifen müssen. Denn nicht nur muß jedem ein Gefühl des Ecks überkommen, wenn er hört, wie heute eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel hergestellt wird, sondern auch die Gefahr wird und gegenwärtig sein, wie bei solchen Schmutzereien die gefährlichsten Krankheiten verbreitet werden können.

Man ist im Reichstag damit beschäftigt, ein Reichs-Sonntagsgesetz auszuarbeiten. Die Aufgaben, die dieses Gesetz erfüllen soll, sind nur halbe, wenn nicht weiter gegangen wird und alle Betriebe der Nahrungsmittel-Industrie einer peinlichen Ueberwachung und strenger Vorschriften in Bezug auf Sauberkeit unterworfen werden. Auch das Fleischbeschau-Gesetz, soweit es veterinäre Vorschriften enthält, genügt nicht, es ist vielmehr die Kontrolle der weiteren Verarbeitung des Fleisches dringend notwendig, denn im Fleischer-gewerbe liegen die Dinge nicht viel anders als in der Bäckerei.

Die Verantwortlichkeit vermag nicht das Gewissen jener lieberlichen Kapitalisten zu spüren, das bestätigt die Statistik, die Uebel sind derselben geblieben trotz aller Kritik. Demgegenüber giebt es nur ein Mittel: entweder die Gesetzgebung erfüllt ihre Pflicht oder die Arbeiter greifen zur Selbsthilfe. Das letztere wird in nächster Zeit geschehen, daß die Lohnbewegung nicht unberechtigt ist, beweisen zur Genüge die grauenhaften Zustände in den Bäckereien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Mai.

Anschlag auf das Reichswahlrecht.

Im Bundesrat soll, so geht das Gerücht, die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten ernstlich erwogen werden. Die zahlreich widerholten und fast von allen Parteien einmütig gefaßten Beschlüsse des Reichstags haben sicherlich — wenn jenes Gerücht überhaupt richtiges Mittel ist — weniger zu diesem Erwägungen beigetragen als die Unannehmlichkeiten, die der Regierung selbst aus dem mangelhaften Besuch des Reichstags seitens der regierungsfremden Parteien erwachsen sind.

Die Regierung soll nun die Gewährung von Tagelohnern an die Bedingung knüpfen wollen, daß die Wahlen für den Reichstag nach Schluß der Legislaturperiode sowie nach erfolgter Auflösung bereits binnen 14 Tagen stattfinden müssen. Es soll nicht ausgeschlossen sein, daß dem Reichstag im nächsten Winter eine entsprechende Vorlage zugehen wird.

Zur Durchführung dieses mutmaßlichen Regierungspplans würde eine Verfassungsänderung nicht nötig sein. Die Verfassung fordert nur, daß die Neuwahlen binnen 60 Tagen nach Auflösung des Reichstags stattfinden müssen. Eine frühere Aenderung der Wahlen schließt die Verfassung in keinem Fall aus. Nur die Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1869 über Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten hindern bisher die Ansetzung eines sehr kurzfristigen Wahltermins.

Nun ein Teil der führenden Parteiplättler spricht sich bereits zu diesen angeblichen Regierungsabsichten aus. Die „Deutsche Tageszeitung“, die stets für Gewährung von Diäten eingetreten ist, will sich mit der Forderung von Gegenleistungen nicht befremden. Der „Reichsbote“ trifft aber die Anschauung der Mehrheit der konservativen Parteien, wenn er erklärt: „Wir glauben nicht, daß eine solche Verkürzung der Agitationsfrist den rechtstehenden Parteien als ein genügendes Äquivalent für das Ausgehen der Diätenlosigkeit erscheinen wird.“ Nur die „National-Zeitung“ ist inbrünstig einverstanden mit der „Abkürzung der Agitationsfrist“ und bekundet ihren Liberalismus durch wahrhaft skandalöse Auslassungen über die Bedeutung der Wahltagitation:

„Es ist uns bekannt, daß schon früher die lange Dauer, welche die Wahltagitationen im Reiche regelmäßig annehmen, innerhalb der Regierung als ein Uebel angesehen und erörtert worden ist, und auch wir halten sie für ein solches. Wenn in England oder in Italien eine Auflösung erfolgt, so können die Neuwahlen binnen acht oder zehn Tagen stattfinden, und selten vergeht ein erheblich längerer Zeitraum. Bei uns geht es unter fünf bis sechs Wochen Wahltagitation nicht ab. Die letzte Auflösung des Reichstags beispielsweise, die von 1898, erfolgte am 6. Mai, die Neuwahl am 15. Juni. Die nächste Folge ist, daß in der überlangen Wahltagitation der Grund der Auflösung sehr bald zurück, ganz andre Streitpunkte immer mehr in den Vordergrund treten. Kame es jetzt, was thatsächlich ausgeschlossen ist, zu einer

Auflösung wegen der Klottervorlage, so würde von dieser in der Wahlbewegung einige Tage, dann aber wochenlang von Ostereidolen und Fleischverboten, vielleicht auch von Warenhausfeuern und dem Koniger Nord die Rede sein. Was aber noch schlimmer ist — denn es ist natürlich, daß bei Neuwahlen die gesamte politische Lage in Betracht gezogen werden muß — das ist die endlose Verheugung, welche durch eine fünf- bis sechs-wöchentliche Wahlagitatio bewirkt wird, das immer stärkere Zurücktreten der Hauptgeschäftspunkte, die Anzettelung unnatürlicher Wahlbündnisse, kurz die Erzeugung der ursprünglichen Volksauffassung durch die Wirkungen der Drabzhiererei. Eine Verlängerung der Agitationsdauer würde uns durchaus nützlich und eine vierzehntägige Frist vollkommen ausreichend erscheinen.

Der Glaube an die Notwendigkeit langer Fristen entspringt, als man das Wahlgesez machte, aus den Aufschäumen einer harmlosen Zeit; das Parteiwesen in seinen bedenklichen, agitatorischen Zügen war weniger entwickelt, so daß man längerer, äußerer Vorbereitungen zu bedürfen meinte, als jetzt thatsächlich für irgend eine Partei erforderlich sind; und andererseits hatte man noch nicht die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte über die Ausartungen der Wahlagitatio.

Die „National-Zeitung“ führt die Sprache der bösesten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Sie redet unbedenklich einer Einschränkung der Wahlagitatio das Wort, die einer schweren Beeinträchtigung des Wahlrechts gleichkommt. Die Möglichkeit einer sachgemäßen Wahlvorbereitung bildet ein notwendiges Zubehör zum Wahlrecht.

Wenn die Regierung nach jener Aenderung des Wahlgesezes begehrt, so thut sie das nicht aus harmlosen Beweggründen. Die Wähler sollen der reaktionären Ueberumpelung ausgeliefert werden. Sie sollen vor einer ausgiebigen, gründlichen Erörterung aller zu einer gewissen Zeit politisch bedeutsamen Angelegenheiten „geschützt“ werden wie Bismarck sie vor Wahlbeeinflussungen schützen wollte, indem er ihnen den Polizisten an die Seite gab. In Hurraestimmungen sollen die Wähler an die Wahlurne geschleppt werden.

Der Reichstag darf nicht eine Grundbedingung der freien Wahlrechtsausübung zerstören lassen, um die Gewährung der Diäten, die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht von der Regierung einzuhandeln.

Zur Reinigung der Krankenkassen.

Weil wir gestern die offiziellen Fächer für die Reorganisation der Krankenkassen festgenagelt haben, erklärt heute Herr Schweinburg, daß „Einrichtungen, welche der Eintracht und dem Frieden unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu dienen bestimmt sind,“ eben nicht zu Instrumenten des Klassenkampfes erniedrigt werden dürfen. Er erkennt wiederum, daß es eben nicht das Ziel sachlicher und unparteiischer Geschäftsführung ist, welches die Socialdemokratie auf dem Gebiete der Krankenkassenwesens verfolgt, sondern daß sie auf Kosten der Sachlichkeit die Krankenkassen zu Spielball der socialdemokratischen Organisationen umzuwandeln trachtet.

Den Beweis für diese leichtfertige Behauptung, daß die Socialdemokratie die Krankenkassen zu Instrumenten des Klassenkampfes zu machen bestrebt ist, bleibt Schweinburg ebenso gemüthlich schuldig, wie den Beweis dafür, daß bisher die Arbeiter bei Verwaltung der Krankenkassen ungeschicklich verfahren wären und das Interesse der Versicherten irgendwie geschädigt hätten.

Bemerkenswert ist übrigens, daß er heute nicht mehr die Behauptung wagt, daß die Verwaltungskosten der Ortsklassen zu hoch seien. Wir haben bekanntlich nachgewiesen, daß alle anderen Versicherungszweige und die meisten Krankenkassenarten viel höhere Verwaltungskosten haben wie die Ortsklassen.

Deutsches Reich.

Herr Rören führt den Kampf gegen die erschreckliche Unfähigkeit nicht nur als Gesetzgeber, sondern auch vermittelte Denunziationen beim Staatsanwalt. Aus Hagen wird gemeldet:

Vor der hiesigen Strafkammer kam am Sonnabend eine an die Kämpfe um die lex Heinze erinnernde Angelegenheit zur Verhandlung. Wegen Verletzung unzüchtiger Bilder hatten sich die hiesigen Buchdruckereibesitzer Frielinghaus und Möbius zu verantworten. Die Angeklagten hatten von einer Koburger Firma Postkarten bezogen und sie nach answärts angeboten und verschickt. Auf den Karten befanden sich die Bilder „Skavenmarkt im Orient“ und „Jupiter und Antiope“. Ein Bild in Köln zeigte die Karten mehreren Juristen, die erklärten, daß es sich um Reproduktionen bekannter Kunstwerke handele. Als aber die Karten dem Reichstags-Abgeordneten Landgerichtsrat Rören vorgelegt wurden, veranlaßte dieser Strafverfolgung. In der Sitzung am Sonnabend wurde festgestellt, daß der Koburger Firma der Verkauf der Karten gestattet sei, da sie bekannte Kunstwerke nachgebildet seien. Das Gericht erkannte darauf auf Freisprechung.

Herr Rörens Verleumdungsanstellung hat bei seinen Amtskollegen ebenso wenig Erfolg als im Reichstag.

Der Offizierverein im Zeitalter der lex Heinze. Welche sonderbaren Bergausflüge der große Konsumverein für Offiziere seinen Mitgliedern gewährt, das lehrt ein Fund, der unserem Aeltesten Particorgan in die Hände gefallen ist.

Auf der Rückseite eines an eine Gummiwarenfabrik adressierten Postanweisungsfornularettes ist folgendes zu lesen:

Bitte für diese 11,60 M. wieder um Zusendung von 24 Stück nachfolgenden Präservativen a 0,50 M. Ich bin Mitglied des Offiziervereins.
24 Stück = 12 M. — Pf.
Porto — „ 20 „
12 M. 20 Pf.
5 Proz. Offizierverein — „ 60 „
11 M. 60 Pf.

Ich bitte mit der Sendung um Quittung.
Achtungsvoll

Korvetten-Kapitän.

Das Kieler Blatt hat dem Verlierer die Postanweisung wieder zugestellt.

§ 184 des Strafgesetzbuchs lautet in seiner neuen Fassung im dritten Absatz:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum anständig oder anpreist.

Wenn man diesen Artikel in einem Blatte anzeigt, so ist das strafbar. Wenn man aber Mitglied des Offiziervereins ist, so erhält man bei solchen Waren 5 Proz. Rabatt. Es möchte spitzfindige Leute geben, die in dieser Rabattleistung, die der Offizierverein vermittelt, einen größeren Anreiz zur Benutzung von Gegenständen durch unzüchtigen Gebrauch sehen als in allen Anpreisungen durch die Presse und Schaustellungen an öffentlichen Orten. Trotzdem ist der Offizierverein keiner strafbaren Handlung schuldig, selbst der Dolus eventualis wäre nur mit Schwierigkeiten anzuziehen, denn der Verein ist ja nicht verantwortlich für die Ver-

dürnisse seiner Mitglieder und für die unzüchtigen Artikel seiner Rabatt gewährenden Lieferanten.

In der Komödie der modernen Sittlichkeitsheuschrecke darf der brave Korvettenkapitän, der als Mitglied des Offiziervereins Gegenstände zum unzüchtigen Gebrauch um fünf Prozent billiger erhält als Civilpersonen, einen ehrenvollen Platz beanspruchen.

Wasserstraßen und Eisenbahnen. Dafür, daß Eisenbahnen und Wasserstraßen einander nicht ausschließen und bekämpfen sollen, sondern daß sie zu beiderseitigem Nutzen zusammen wirken können, bringt das „Centralblatt der Verwaltung“ interessante Mitteilungen. Zu einem Aufsatz über die „Zunahme der deutschen Binnenwasserstraßen“ wird der Güterverkehr auf deutschen Binnenwasserstraßen auf 2,9 Milliarden Tonnenkilometer im Jahre 1875 angegeben gegen 7,5 Milliarden 1895 und 10,7 Milliarden 1898. Dagegen betrug der Eisenbahn-Güterverkehr Deutschlands im Jahre 1875 10,9 Milliarden Tonnenkilometer gegen 26,5 Milliarden 1895 und 32,6 Milliarden 1898. Danach bezifferte sich die Steigerung des Güterverkehrs auf den Wasserstraßen in den 20 Jahren von 1875 bis 1895 bei fast gleichgebliebener Länge (rund 10.000 Kilometer) auf 159 Proz., diejenige auf den Eisenbahnen trotz starker Vermehrung (1875 26.500 Kilometer Eisenbahnlänge gegen 44.800 Kilometer im Jahre 1895) nur auf 143 Proz. Auch die Verkehrssteigerung von 1895 bis 1898 fällt zu Gunsten der Wasserstraßen aus. Denn während, ohne nennenswerte Aenderung in der Länge, der Verkehr der Wasserstraßen in diesen 3 Jahren um 43 Proz. stieg, nahm derjenige der Eisenbahnen trotz Vergrößerung des Netzes derselben auf 47.700 Kilometer nur um 23 Proz. zu. Interessant ist auch, wie sich bei gleichgebliebener Länge der Wasserstraßen und rapider Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes die Anteilnahme der beiden Verkehrswege an der gesamten Güterbewegung (ohne Landstraßen) in umgekehrtem Maße wie erwartet verschoben hat. Es betrug der Anteil an der gesamten Güterbewegung Deutschlands

| | der Eisenbahnen | der Wasserstraßen |
|------|-----------------|-------------------|
| 1875 | 79 Proz. | 21 Proz. |
| 1895 | 78 „ | 22 „ |
| 1898 | 75 „ | 25 „ |

Allerdings sind bei obigen Vergleichen nur die Vollbahnen im Sinne der amtlichen Statistik berücksichtigt. Schmalspurbahnen und Kleinbahnen sind nicht in Betracht gezogen.

Ein agrarisches Urteil über die Industrie, wie es bornierter und protektler, aber auch ehrlicher, wenigstens in unsern bündelreich herbeibefohlenen Jahrbuch, wohl noch nicht gefällt worden sein dürfte, hat unlängst in einem Weimarer konservativen Blättchen das Licht der Welt erblickt. Wir lesen daselbst:

„Der Cassowische Konkurs mit dem Selbstmorde der Gebrüder ist eine göttliche Mahnung an Weimar! Ingleich Beweis, wie jeder ehrliebe Weimarer seinen Landesfürsten hochachten sollte als Fürst und Mensch!“

Wie lange hat sich Seine königliche Hoheit gestraubt, in seiner Hauptstadt Industrien entstehen zu lassen? War ihm nicht deshalb Apolda ein Dorn im Auge? . . .

Die Fabrikanlagen haben die Gebrüder Callmann und alle die, die Verluste haben, auf dem Gewissen! . . .

So war Apolda mit Recht ein Dorn im Auge unfres ehrenwerten Landesfürsten. Und Gott hat es gefügt, daß dies nun auch der beschränkste Kopf einsehen lernt!

Röge also Weimar seinen Landesfürsten ehren und folgen, keine Industrie-Anlagen in Weimar wieder fördern! Wollen andre Städte dies thun, und dem Beispiel Apoldas folgen, mögen sie es thun!

An England sehen wir, wie dieser gerühmte reiche Industriestaat Menschen-Tierheit und ungeheure Geldverluste, Verachtung von jedem edleren Menschen auf dem Gewissen hat, in Transvaal und Indien! Das ist die gepriesene Industrie-Schwärmerei von Regierungen, Parlamenten, Zeitungs-Schreibern u. s. Vor allem Freisinnler und Socialdemokraten! Danken wir Gott, daß das weimarische Häufchen eine Ausnahme machte und wir mit schwerem Herzen der Stimmeneinheit endlich nachgeben mußte!

Jetzt hat Gott gerichtet! Wird vielleicht noch weiter richten.“

Die leipzigerische Ueberhebung, die der kürzlich von uns und Tageslicht gezogene Artikel des „Deutschen Adelsblatts“ gegen die „Marchands“ atmete, ist zwar Geist von den nämlichen Angehörigen, der uns aus dem Weimarer Intelligenzblättchen so besendend anwohrt, allein gegen diese Geistesstimme aus dem Landchen unserer Dichterkünste nimmt sie sich doch aus, wie Auerlicht neben einer Delfinzel von ältester Konstruktion.

Und doch giebt es so manchen Räthe bewilligenden Junker, der accuat so denken mag, wie dieser fallende Arme an Geist.

Aus dem Lande der frommen Gottesfurcht und frommsten Sitte, aus Oberhessen, sei hier der folgende bezeichnende Vorfall mitgeteilt: Im Dezember v. J. wurde in Zornhütte das Kind einer blutarmen Witwe begraben. Das Kind erstickt nicht einmal ein besonderes Grab, sondern kam in ein offenes Grab (3), in dem sich bereits eine andre Kindesleiche befand (1). Doch diese Schändung der Armut genigte dem Totengräber Gavel aus Zornhütte nicht. Raum hatte er den Sarg ins Grab gesetzt, da fragte er die unglückliche am Grabe stehende Mutter, wer das Begräbnis bezahle werde. Als die Frau sagte, daß sie das nicht könne, weil sie vollständig mittellos sei, sprang der fromme Totengräber ins Grab, nahm den Sarg des Kindes heraus und rief: „So lange nicht bezahlt wird, wird das Kind nicht begraben!“ Und der brave Christ aus Zornhütte ließ in der That den Sarg des jungen Proletariats mehrere Tage und Nächte unbegraben auf dem Kirchhof stehen. Wegen Grabstörung bekam er für seine Nichtwürdigkeit sechs Monate Gefängnis.

Zur Reichstags-Gravhau in Mühlhausen wird uns geschrieben: Die Wahl findet nach einer Verannuachung der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ am 5. Juli statt, während mit dem Anlegen der Wahlkreise am 5. Juni zu beginnen ist. Der bisherige Verlauf der Wahlvorbereitungen läßt es kaum noch als wahrscheinlich erscheinen, daß der von der ordnungsparteilichen Presse des Reichslands befürwortete Zusammenschluß aller nichtsocialistischen Parteien zu Stande kommen wird. Dafür sorgt in erster Linie der Gegensatz, der, wie kaum in einer andern Stadt Elsaß-Lothringens, heute noch in Mühlhausen zwischen Eingeborenen und Eingewanderten vorhanden ist. Die Gouvernentalen sind bereits mit der Sonderlandtagsur der Professors Haber hervorgetreten, dessen Unterstützung durch die eifässlich-herkule Landespartei ausgeschlossen erscheint. Die letztere verfügte am 16. Juni 1898 über 8002 Stimmen, während die Gouvernentalen es nur auf deren 1761 brachten. Wenn nicht besondere Umstände eintreten, wird sich also der Aufmarsch der Parteien am 5. Juli in derselben Weise vollziehen, wie dies bei der Hauptwahl vor zwei Jahren der Fall war. Damals siegte der socialistische Kandidat Wueh im ersten Wahlgang mit 13.810 über insgesamt 9813 gegnerischen Stimmen, hatte also reichlich 1900 Stimmen über das absolute Mehr. Unsere Mühlhäuser Parteigenossen sind seit Wochen für ihren Kandidaten Leopold Emmel eifrig an der Arbeit, so daß die Hoffnung berechtigt ist, der Mühlhäuser Wahlkampf werde sich dem Sieg von Kürnberg würdig anreihen.

Ein deutscher Kriegsinvalide über den Krieg.

Graf Leo Tolstoj veröffentlicht in der Moskauer Zeitung „Courier“ den Brief eines deutschen Kriegsinvaliden, der das ganze Gland eines zerrütteten Menschenseins und grenzenlose Empörung über jene legitime Massenschlägerei atmet, die noch immer berühmte Feldherrn und selbst christliche Theologen als kulturelles Regenerationsmittel zu feiern wagen. Der Brief lautet in seinen markantesten Stellen wie folgt:

Hochgeehrter Herr Graf!
Ich hoffe, Graf, daß Sie einem einfachen Mann aus dem Volk gestatten werden, zu Ihnen mit vollem Vertrauen sich zu wenden.

Ich habe eben zufällig die Kritik über Ihren neuen Roman „Unternehmung“ gelesen. Leider habe ich nicht die Möglichkeit, das Buch selbst zu kaufen, weil wir, die verwundeten Wölfe, meist nur ein sehr jämmerliches Gehalt bekommen. Und da habe ich, ein Kriegsinvalide, eine Bitte an Sie zu richten, edler Graf, eine Bitte, die aus meiner tiefsten Ueberzeugung, aus dem Innersten meiner Seele kommt: Schreiben Sie, Graf, ein gutes, gefühlvolles Werk gegen den Krieg. Sein Inhalt müßte sein: „Krieg gegen Krieg“. Ich habe zwei Feldzüge mit der preussischen Armee mitgemacht (1866—1870) und habe den Krieg von ganzem Herzen, weil er mich jäherlich unglücklich gemacht hat. Wir Kriegsinvaliden erhalten meist eine so kümmerliche Pension, daß man sich wirklich schämen muß, daß wir ehemals Patrioten waren. Ich bekomme z. B. 60 Pf. täglich für meinen beim Sturm von St. Privat am 18. August 1870 zweimal durchgeschossenen rechten Arm. Mancher Jagdhund bedarf mehr für seine Erziehung. Schon im Jahre 1866 habe ich an dem Kriege gegen Oestreich teilgenommen, kämpfte bei Trantenau und Königgrätz und habe in Fülle fürchterliche Greuel gesehen. Im Jahre 1870 wurde ich als Reservist wieder unter die Waffen gerufen und bei St. Privat verwundet. . . . Ich verlor eine gute Stellung (als Brauer). . . . Der Kampf ist schauell verfloren und dem Kriegsinvaliden blieb nichts übrig als sich von Bettelstücken zu nähren. Vier Jahre später entschloß sich die von mir zärtlich geliebte Frau, in den Tod zu gehen, weil sie fürchtete, daß sie in ihren alten Jahren ins „Heim für alte Frauen“ gesperrt werde. Seitdem habe ich angefangen, öfters im Stillen über die Unglückseligkeit des menschlichen Daseins nachzudenken. . . . Nur das Verwünschte, daß ich ein süßlich unbedeckter Mann bin, der immer das Gute wollte, hat mich von eben demselben Schicksal zurückgehalten.

Zu der Welt, wo die Menschen wie dressierte Tiere herumlaufen und zu keinem andern Gedanken fähig sind, als wie einander zu überlisten des Mamons wegen, in einer solchen Welt möge man sich für einen Sonderling halten, ich fühle aber doch in mir den göttlichen Gedanken vom Frieden, der so trefflich in der Bergpredigt ausgedrückt ist. Daher, edler Graf, bitte ich Sie, ein gutes Werk gegen den Krieg zu schreiben. Nach meiner tiefsten Ueberzeugung ist der Krieg nur ein Handel in größerem Maßstabe, ein Handel ehrgeiziger und mächtiger Leute mit dem Wohle der Völker. Und was für Schauerlichkeiten erlebt man nicht dabei! Niemand werde ich sie vergessen, dies fürchterliche Stöhnen, das bis ins Mark der Knochen hineindringt. . . .

Hochgeehrter Herr Graf, für wirklich edle Menschen, die vom Geiste des wahren Christentums durchdrungen sind, giebt es keine Feinde. Ich erinnere mich sehr gut, wie friedlich wir im Jahre 1866 auf dem Kampfsplatz bei Königgrätz unser lärgliches Essen mit den gefangenen Oestreichern geteilt haben. . . .

Leben Sie wohl, edler Graf. Möge Gott Ihnen noch ein langes Leben schenken und Sie erhalten und beschützen zum Wohle der armen, leidenden Menschheit; dies wünscht Ihnen von ganzer Seele
Ihr Sie wahrhaft liebender

Johann Kleinopp, Kriegsinvalid.

Ausland.

Das antimilitärische Wien.

—st.— Wien, 28. Mai.

Die Wahlen aus dem zweiten Wahlkörper haben der Lugerei einen vollen Sieg gebracht: er ist noch größer ausgefallen, als ihn die Antimiliten selbst in ihren kühnsten Träumen erwartet haben dürften. Von den 20 Stadtbezirken haben neunzehn antimilitärisch gewählt, von den 46 Mandaten sind von den Christlich-Socialen 42 erbeutet worden. Nur ein einziger Bezirk hat der christlich-socialen Hochflut widerstanden: die Leopoldstadt, wo die jüdische Wählerschaft wohl die Hälfte der Wahlberechtigten ausmachen dürfte. Selbst die Jüdische Stadt, der alte Kern des städtischen Gemeinwesens, ist in die Hände der Christlich-Socialen gefallen; hier, wo einst das Centrum des österröichlichen Liberalismus war, ist diesmal ein katholischer Geistlicher, also ein unverfälschter Alexikler, gewählt worden. Zum größten Teile beruht der Bombenerfolg der Antimiliten auf dem neuen Statut, das von raffinierter Wahlgeometrie geradezu durchsiebt ist, und auf dem zum Himmelfahrtstage beschlossenen Wahlminderbrachen, die der städtische Magistrat, der in Wien dem Bürgermeister untersteht, mit einer Dreifachheit betreibt, als läge Wien irgendwo in Galizien. In Wien bedarf es zur Ausübung der Wahl einer behördlich ausgestellten Legitimation. Das Bestreben der Antimiliten zielt nun darauf hin, so viel als möglich unbedeulende Legitimationen in die Hand zu bekommen, die dann von Wahlmännern zur Abgabe von Stimmzetteln ausgenützt werden, während Schwindler die ausschließlich aus Antimiliten zusammengesetzten Wahlkommissionen verständnisvoll entgegenkommen. Damit nun eine recht stützliche Zahl solcher fingierten Wähler, die nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in den Wählerlisten existieren, zu Stande komme, begehrt die Antimiliten eine Reihe größtlicher Vergrößerungen. So sind in der Jüdischen Stadt ein paar hundert Klostergeistliche — diese besitzen das qualifizierte Wahlrecht zum zweiten Wahlkörper — in die Liste eingetragen worden, die ihr Lebenslang nicht in Wien gewohnt haben, nicht einmal österröichische Staatsbürger sind. Ganze Orden marschieren da auf. Dann steht die Wählerliste voll „toter Seelen“, das heißt: längst verlorene Wähler werden einfach zu Zwecken der Legitimationsanhäufung weitergeführt. Aber das höchste, ganz originale ist die Entrognung von Kameen, deren Träger niemals existiert haben, die rein erfunden worden sind, — alles aus der betrauten Absicht, mit falschen Legitimationen falsche Abstimmungen zu vollziehen. Und solche Schandlosigkeiten werden in Wien verübt, gleichsam unter den Augen der Regierung! Auch an diesen Dingen steht man den geistigen und kulturellen Niedergang des Staats, die völlige Verschüttung des öffentlichen Rechtsgefühls. Die Hauptstadt des Reichs wird heute von einer Bande Betrüger und Schwindler verwaltet: das sagt über Oestreich genug!

Es ist also nicht der zahllose Erfolg der Christlich-Socialen, der zu einer Betrachtung reizt. Sondern das Merkwürdige, in gewisser Beziehung kulturgeschichtliche ist der Rückgang der gegen die Lugerei abgegebenen Stimmen. Denn der erst zeigt an, daß das Wiener Bürgerthum die Kraft verloren hat, sich gegen die forumpierenden Wirkungen der christlich-socialen Demagogie überhaupt noch zur Wehr zu setzen. Mit Ausnahme gewisser selbständiger Schichten, insbesondere der Rechtserschaft, verfällt die Wiener Bourgeoisie immer mehr dem neuen Alexikalismus, als den sich das christlich-socialen Schlagwort immer deutlicher entpuppt. Dieses Wiener Christentum ist freilich eine ganz besondere Spielart. Das ist nicht mehr der alte, ähner Alexikalismus, der principienfeste und unverwundliche Katholizismus. Das ist ein Christentum, für die amüsamentstütern Herren einer großstädtischen Bevölkerung präpariert, ein Christentum, als wienerische Heg gegeben, als eine Unterhaltung wie der Durschelwäner, wo man ja auch sehr Gedanken den „Juden“ tollschlägt. Herr Lugerei ist alles andre denn ein fürchterlicher Mensch, er hat nichts von einem Alla an sich, sondern ist mehr ein wienerischer Komödiant, eine politische Cocotte, dem Männer und Weiber nachlaufen, weil er gar so lustig und gar so schön ist. Wenn die Juden keinen grimmigeren Feind hätten, als diesen politischen Fregoli, so könnten sie ruhig sein. Aber die aus der Geschichte überlieferte Abneigung gegen die Juden, die hat Herr Lugerei sehr zu beleben verstanden, und sie in politisches Kapital umgemünzt zu haben, ist das Geheimnis seiner großen Erfolge. Er hat die Wahlen — nicht bloß kommunale, sondern auf allgemein politische — zu der Frage umgewandelt, ob man die Juden lieben kann oder nicht lieben soll. Daß diese kulturhistorische Abneigung zu einer Frage werden konnte, über die die gesamte Bevölkerung einer Millionenstadt existierte Kämpfe führt: das ist in der geistigen Verfassung jenes „Wienerthums“ begründet, das neben wenigen Lichtseiten so viel tiefe Schatten enthält. Die guten Wiener waren immer ein recht oberflächliches, ungeschicktes, unraffines Völkchen. Ein „Gips“, eine „Heg“ geht ihnen über alles, und Späße zu machen, Ketzen zu arrangieren, das versteht Herr Lugerei

vorzüglich. In der berühmten „Kaiserstadt“ waren Ernst, Gewissenhaftigkeit, Gründlichkeit immer nur importierte Dinge; wienersich ist die Lust am Klatsch, der bedeutendste Serbismus, der falsche Sozialpatriotismus. Herr Zueger nun ist der lombardische Anführer dieses Wienertums; er drückt die geistige Verfassung dieser Stadt ohne Rest aus. Wenn also Wien antienersich wird, so bleibt es sich treu; es ist nur die neue, modernisierte Form für das uralte und ungeschickte Wiener Spieglekum. —

Paris, 28. Mai. (Fig. Per.) Die Kundgebung auf dem Père-Lachaise-Friedhof zum Andenken an die blutige Maiwoche, die wie alljährlich, am letzten Montag stattfand, trug einen imposanteren Charakter als gewöhnlich. Sie vereinigte mindestens 15 000 Teilnehmer. Der Zug der Manifestanten an der „Mauer der Helden“, der letzten Straße des Heldenkampfes, dauerte mehr als zwei Stunden. Die relativ stärkere Beteiligung als sonst erklärt sich teils aus dem Drang nach einer proletarisch-socialistischen Machtentfaltung unmittelbar nach dem Pariser Gemeindevahl-Sieg der Nationalisten, teils wohl auch als eine Art Protest gegen die Verurteilung Galliffets ins Kriegsministerium.

Leider fehlte auch diesmal die polizeiliche Brutalität nicht, trotzdem die Regierung offenbar in ihren Instruktionen die nationalistiche und sozialistenfeindliche Polizei im Zaum zu halten versucht hatte. So durften die Manifestanten unbehelligt „unsterbliche“ Hochrufe erschallen lassen und die „Internationalen“ im Chor singen. Hingegen war das Polizei-Aufgebot ebenso enorm, wie alljährlich. Beim ersten Anlauf brach nun die verhasste Rut der Polizei los und es kam zu einem ersten Zusammenstoß, in welchem unter anderem ein vierundzwanzigjähriger Schüler am Kopfe verwundet wurde. Insbesondere trat sich hervor ein als rabiatere Nationalist bekannter Polizeikommissar Namens Picot. Dem Polizeipräsidenten Vézine in Person gelang es nicht so leicht, die nationalistiche-polizeilichen Protokolleure zur Ruhe zu bringen. Es kam zu sieben Verhaftungen, die aber auf das Verlangen von socialistischen Abgeordneten und Gemeinderats-Mitgliedern nicht aufrechterhalten wurden.

Für ein „Ministerium der republikanischen Verteidigung“ hätte es sich freilich gefügt, das den friedlichen Verlauf der Kundgebung gefährdende Aufgebot einer ganzen Polizei-Armee zu Fuß und zu Pferde zu vermeiden. Aber die Regierung zog es vor, eine möglicherweise gefährliche Interpellation der Melne und Konforten zu vermeiden. —

In den gestrigen **Generalrats-Wahlen des Seine-Departements** wurden gewählt: 2 Radikale, 2 Bourgeois-republikaner und 1 Nationalist. Insgesamt ergaben die Generalratswahlen: 2 Socialisten, 9 Radikale und Linkradikale, 5 Bourgeoisrepublikaner und 5 Nationalisten. Da nun im Pariser Gemeinderat den 44 Nationalisten, 36 Socialisten und bürgerliche Republikaner gegenüberstehen, so enthält der Generalrat, wo die 80 Pariser Gemeinderatsmitglieder Sitz und Stimme haben, eine antinationalistische Mehrheit von 52 gegen 40 Stimmen, wenn nämlich die eifrigen Bourgeoisrepublikaner sich nicht nationalistisch mauehen. —

Österreich-Ungarn.

Die Kulturwidrigkeit des Militarismus ist international. In Samboz, der galizischen Stadt der Polizeitoruren, nahm sich ein junger Unteroffizier vor einiger Zeit das Leben. Jetzt wird in polnischen Blättern der Abschiedsbrief veröffentlicht, den der Unglückliche an einen Freund gerichtet hat. Es heißt dort: „Ich nehme Abschied von Euch, meine Kameraden, und muß mit dem Leben nehmen wegen meinem Major Nowojin und dem Compagniechef Jawadski; das sind meine Mörder; bei meinem Regiment sind Torturen genau so wie im Regiment. Ich denke, daß meine Kollegen sich an ihnen für mich rächen werden und bitte, sich besser über die Verhältnisse in meinem Regiment zu erkundigen und dies den höheren Behörden und der Presse mitzuteilen; mehr kann ich nicht schreiben, die Hand zittert mir, denn mein Revolver liegt vor mir.“ Der schlichte Brief ist eine wichtige Anklage gegen den Militarismus, die geradezu Vände spricht.

Zu demselben Thema veröffentlicht unser Krakauer Parteiblatt einige Briefe von Soldaten und Unteroffizieren, die von einer geradezu unerhörten Rohheit in den Dienstverhältnissen des österreichischen Heeres zeugen.

Im ersten Brief wird von einem Wachtmeister erzählt, der das Ohrfeigen der Soldaten gewohnheitsmäßig betreibt. Trotz der aus diesem Grunde erfolgten Desertation eines Soldaten ist der Wachtmeister noch ungestraft im Dienst. Der zweite Brief stammt von „älteren Unteroffizieren“ des 10. Infanterie-Regiments. Der Oberst obersteht die Leute. Der Kapitän droht, ja nichts von den Zuständen in der Kompagnie weiter zu erzählen (die Zustände müssen ja nett sein!) Sonntagbrühe giebt es in der Kompagnie nicht. 20 Proz. der Soldaten liegt im Lazarett. Weitere 20 Proz. sitzen hinter Schloß und Riegel.

Der dritte Brief stammt aus Trembovia, beschuldigt einen Korporal, einen Mann mit dem Säbel und den Fingern bearbeitet zu haben. Auf den Zuschauer würde ganz unbegründeter Weise eine Säbelklinge unternommen, die ihn zur Flucht zwang.

Die drei netten Kulturbilder passen zu den ganzen barbarischen Zuständen in Galizien, für die ein verlorener Adel und eine von ihm abhängige Beamtenchar die Verantwortung trägt.

Schweiz.

Freigesprochene Anarchisten. Das Bundes-Strafgericht verurteilte am Montag und Dienstag gegen die Anarchisten Pergerio, Feld und Vertou, gegen welche die Eidgenossenschaft wegen Verurteilung und Verbreitung des sogenannten „Almanaco Socialista-Anarchico pro 1900“ Klage erhoben hatte. Die drei Angeklagten wurden ohne Jubiläum einer Entschädigung freigesprochen und die Kosten der Eidgenossenschaft zur Last gelegt. —

Norwegen.

Rücktritt des norwegischen Ministeriums. In Norwegen hat das Innenministerium dem Stortingpräsidenten mitgeteilt, daß es seine Verabschiedung fordern müsse, da der Kronprinz-Regent dem im norwegischen Storting angenommenen Konjunktionsgesetz seine Zustimmung verweigert hat. Dies Gesetz war von der Linken-Majorität angenommen, von der Rechten-Minorität abgelehnt. Es führt die Regierung ein, daß die Konjunktionsabgaben von den Schiffen daheim und nicht von den fremden Konsum erhoben werden. Das ganze harmlose Gesetz ist gemacht, um als ein Führer in der Konjunktionsfrage vorgetreten zu werden; aber die schwedische Regierung hält auch hierbei den Standpunkt fest, daß alle Konjunktionsfragen Unions-Angelegenheiten seien und nicht in den Einzelparlamenten entschieden werden können. Die norwegische Staatsrats-Abteilung reiste wegen des Rücktritts nach Christiania zurück. Das Ministerium bleibt, bis der Storting den Rücktritt gewilligt hat. —

Belgien.

Ueber die Wahlen in Belgien

Die Zahl der Kammerwähler betrug 1 452 282 (21,4 Proz. der Bevölkerung). Infolge des reaktionären Mehrstimmrechts werden von diesen 1 452 282 Wählern jedoch 2 239 621 Stimmen abgegeben. Da das Mehrstimmrecht an den Besitz und einen bestimmten diplomierten Bildungsgrad geknüpft ist, ist es klar, daß die Socialdemokratie, deren Anhänger sich zum weitaus größten Teil aus industriellen und ländlichen Proletariaten zusammensetzt, von diesem Pluralwahlrecht nur einen verschwindenden Vorteil hat, während den bürgerlichen Parteien das Mehrstimmrecht sehr zu gute kommt. Zu wählen waren insgesamt 153 Abgeordnete. Gewählt wurden 55 Liberale, 33 christliche Demokraten, Liberale und Radikale und 33 Socialisten. Die Kammer war bisher aus 112 Liberalen, 28 Socialisten, 6 Radikalen und 6 Liberalen zusammengesetzt. Die Liberalen haben somit 27 Sitze verloren, die Socialisten 5, und die oppositionellen bürgerlichen Parteien 19 Sitze gewonnen. Die Stimmenzahl der Socialisten

hat eine bedeutende Zunahme aufzuweisen. Unter den wieder-gewählten Deputierten befinden sich u. a. der bisherige Kammerpräsident Veernaert, der frühere Minister Wöste, die Socialisten Desnoisseux und Demblon. Der Führer der christlichen Demokraten Abbé Daens ist nicht wieder-gewählt.

Die Kammermajorität der Liberalen ist durch den Wahlausfall zwar sehr erschüttert, aber noch nicht beseitigt worden, da sie noch immer eine Majorität von 9 Stimmen besitzt. Das Fortschreiten des Socialismus wird aber dafür sorgen, daß wahrscheinlich schon bei der nächsten Wahl die Majorität der Liberalen endgültig beseitigt wird.

Seit 1884 besaßen die Liberalen die Majorität in der Kammer und sie haben dieselbe in einer Weise ausgenützt, daß dem radikalen Liberalismus, namentlich aber dem Socialismus der Boden für sein rasches Vordringen trefflich geerntet wurde. Seitdem die Liberalen das Heft in den Händen hatten, hat sich die Staatsschuld von 1600 auf 2600 Millionen vermehrt. Von dieser Milliarde wurden aber nur 300 Millionen zum Ankauf von Eisenbahnen, der Rest fast ausschließlich zu unproduktiven, kulturwidrigen Zwecken verandagt. Das Schulbudget wurde durch Aufhebung zahlreicher Schulen verringert, das Kulturbudget durch Erhöhung der Pensionshälften erhöht. Die Folge dieses Liberalen Regiments zeigte sich in dem riestigen Anwachsen des Vermögens der toten Hand und in den miserablen Zuständen der Volksbildung. Belgien hatte 1840 770 Klöster mit 12 000 Mönchen und Nonnen, 1800 dagegen 1775 Klöster mit 30 000 männlichen und weiblichen Insassen. 1846 betrug der Wert der Immobilien der Klöster 642 Millionen Franken, 1895 1 057 Millionen. Die Klostergüter machten im Jahre 1895 den zehnten Teil des unbeweglichen Vermögens des ganzen Landes aus. Im letzten Jahreslauf ist jedenfalls noch eine bedeutendere Steigerung des Besitzes der toten Hand eingetreten. Wie sehr der Aberglaube kolossale geistliche und materielle Macht zur Verdummung der Massen mißbraucht hat, beweisen folgende Angaben über den Prozentsatz der Analphabeten.

Bei der vorjährigen Militärschreibung in der Stadtgemeinde Brüssel, die 167 000 Einwohner zählt, konnten 1567 junge Leute weder lesen noch schreiben; das waren 13 Prozent der Gesamtzahl. Nach einer im vorigen Jahre veranstalteten Erhebung, über die der Direktor Elms vom städtischen Lehrerseminar berichtete, gab es in Brüssel 22 244 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren; davon besuchten 3005 keine Schule. Von diesen letzteren waren 1692 in einer gewöhnlichen Lehre, 310 halfen ihren Eltern beim Brotverdienst und 1113 waren arbeitslos umher. Außerdem giebt es Kinder, die schon mit 10 oder 12 Jahren die Schule verlassen. Die Brüsseler Stadtverwaltung hat sich seit Jahren bemüht, den Schulbesuch zu heben, da jedoch keine gesetzliche Schulpflicht besteht, ist sie machtlos.

Man sieht, welche Aufgaben die liberale und socialistische Minorität, die hoffentlich bei der nächsten Wahl zur Majorität werden wird, zu lösen hat. Wie sich die Socialdemokratie die Inangriffnahme der nächstliegenden legislativen Aufgaben denkt, geht aus folgenden programmatischen Forderungen hervor, die der „Peuple“ angesichts des möglichen Sieges der Opposition und des Zustandekommens einer liberalen Regierung gestellt hat:

Wir verlangen nach dem Siege die Einführung des unverfälschten allgemeinen Stimmrechts im Staat und Gemeinde, den obligatorischen Volkunterricht, die Abschaffung der Stellvertretung und der Konfession, die Herabsetzung der Dienstzeit und eine Enquete über die von uns gewünschte Volksbewaffnung. Wir verlangen ferner die Revision des Verfassungsgesetzes, das den alten Arbeitern das lächerliche Almosen von 18 Centimes bietet, und die Durchführung einer ernsthaften Invaliditäts- und Altersversicherung; wir verlangen, um die Verwirklichung dieser Reformen zu sichern, eine progressive Einkommensteuer und eine gerechte Anreiznahme des Staats an den Erbschaften; wir verlangen die gründliche Revision der ganzen Social-Gesetzgebung, die der Merkantilismus und die Reaktion mit ihrem Geiste durch-tränkt haben.

Ein Teil dieser Forderungen wird sich auch jetzt schon verwirklichen lassen, wenn die Liberalen und Christlich-Socialen ihre Hand zu ernsthafter socialpolitischer Arbeit zu bieten geneigt sind. Es ist freilich zu befürchten, daß ein Teil der Liberalen sich aus Furcht vor dem mächtig anwachsenden Socialismus dem Merkantilismus in die Arme werfen und dadurch den Einfluß der Opposition schwächen wird. Wie weit die Demokraten und Radikalen mit den Socialisten zusammengehen werden, werden die nächsten Jahre zeigen. Jedenfalls wird der belgische Parlamentarismus das interessante Schauspiel socialer Entwicklung und Zerlegung gewahren. —

Frankreich.

Die gestrige Kammerdebatte endete wiederum mit einem Siege des Ministeriums Waldeck-Rousseau, trotzdem der Kampf diesmal ein sehr hitziger war und es mehrfach den Anschein hatte, als sollte es den Nationalisten gelingen, den Sturz des Ministeriums herbeizuführen. Und zwar sahen es, als sollte es im Ministerium selbst zu einer Spaltung kommen. Galliffet hatte nämlich von den Papieren eines in Algier verhafteten Spions gesprochen und dabei die Äußerung gethan, daß der Minister des Innern diese Papiere dem Kriegsministerium nicht unterbreitet habe, obwohl er das habe thun können. Freilich schwächte der Kriegsminister diese Wendung, die den Nationalisten bereits wie Siegesruhm in die Ohren klang, dadurch ab, daß der Minister des Innern das nur deshalb unterlassen habe, weil er den Papieren einen zu geringen Wert beigelegt habe. Die Hoffnungen der Nationalisten auf eine Spaltung des Ministeriums wuchsen abermals, als Galliffet plötzlich die Kammer verließ, als Waldeck-Rousseau das Verhalten des Kapitäns Frelich als Feltone bezeichnet hatte. Sofort verbreitete sich das Gerücht, Galliffet habe diese Wendung als eine Beleidigung der Armee aufgefaßt und deshalb demonstrativ den Saal verlassen. Man behauptete auf nationalisistischer Seite, Galliffet habe sofort seine Demission einreichen wollen und sich nur durch die Bestimmungen mehrerer Minister, die Waldeck-Rousseau ihm nachgesendet habe, von der Ausführung seiner Absicht abhalten lassen. Auf der andern Seite wurde der auffällige Austritt damit erklärt, daß der bereits seit einiger Zeit fränkische Kriegsminister von einem derartigen plötzlichen Unwohlsein befallen worden sei, daß er die Sitzung habe verlassen müssen, daß demnach sein plötzlicher Abgang mit den Ausführungen Waldeck-Rousseaus in gar keinem Zusammenhang gestanden habe. Diese Darstellung gewinnt durch die Mitteilung an Wahrscheinlichkeit, daß Galliffet ernstlich erkrankt nach Hause gekommen sei und sein Arzt erklärt habe, daß Galliffet ohne Gefahr nicht länger den Verhandlungen der Kammer beizuhelfen könne. Nichtsdestoweniger wird in parlamentarischen Kreisen der Rücktritt Galliffets noch immer als unmittelbar bevorstehend angesehen. Man nimmt an, daß der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau sofort einen Nachfolger für ihn zu gewinnen beabsichtige und möglicherweise der Rücktritt Galliffets erst zugleich mit der Ernennung des neuen Kriegsministers amtlich bekannt gegeben werde.

Trotz dieser kritischen Momente trug das Ministerium den Sieg davon, nachdem Bourgeois das Schlagwort in die Debatte geworfen hatte: „Die Republik ist in Gefahr!“

Ueber den Verlauf der Sitzung geben wir im Anschluß an unsere gestrigen Redungen noch folgende Telegramme wieder: Nachdem die Sitzung wieder um 7 Uhr eröffnet ist, erklärte Waldeck-Rousseau, es sei ihm niemals eingefallen, die Thatsache der Auslieferung der Briefe Tomps anders zu beurteilen, als dies Galliffet gethan habe. Der Ministerpräsident protestierte gegen die Anschuldigung, daß er es abgelehnt habe, sich den wohlverdienten Lobreden Galliffets auf die Armee anzuschließen. Arany widerspricht den von Waldeck-Rousseau gegen Offiziere des zweiten Bureaus gerichteten Anschuldigungen und wirft dem Ministerpräsidenten vor, er

habe Mägenschaften geduldet, deren Zweck war, die Drehschuh-Angelegenheit wieder anzufachen zu lassen. Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Es wurden mehrere Tagesordnungen eingebracht. Waldeck-Rousseau nimmt die von Léon Bourgeois beantragte an, welche lautet: Die Kammer billigt die Haltung der Regierung, und in der Gewissheit, daß die Armee Frankreich und der Republik ergeben ist, geht sie zur Tagesordnung über. Bourgeois bemerkt hierzu, das Land sei lange genug durch eine Angelegenheit gepalsten, welche man als eine rein juristische hätte behandeln müssen. Seine Regierung könne den Wunsch haben, die Frage wieder aufzurollen. Es ist Zeit, daß die Kammer eine gute politische That vollführe. Wenn eine Partei sich national nennen könne, so sei das diejenige, welche nach 1870 die nationale Verteidigung wieder neu geschaffen habe. Bourgeois wendet sich schließlich an die republikanische Partei und erklärt, die Republik müßte sich dem Ausland gegenüber stark und einig zeigen. (Beifall.) Melne wirft dem Ministerpräsidenten sein Zusammengehen mit den Kollektivisten vor und kündigt den Republikanern an, daß ihr Vertrauen zu Waldeck-Rousseau ihnen teuer zu stehen kommen werde. Hierauf scheidet man zur Abstimmung. Humbert beantragt, daß man zuerst über eine Tagesordnung abstimme, durch welche die Regierung angefordert wird, den Untrieden ihrer Agenten, die darauf gerichtet seien, den Fall Drehschuh wieder anzufachen zu lassen, ein Ziel zu setzen. Dieser Antrag wird mit 291 gegen 246 Stimmen abgelehnt. Sodann beantragt Desnoisseux den Vorrang für eine Tagesordnung, in welcher es heißt, die Kammer billigt, daß der Kriegsminister der Disciplin Achtung verschafft hat, ist aber entlassen, der Republik und der Armee Achtung zu verschaffen und geht zur Tagesordnung über. Dieser Antrag wird mit 282 gegen 242 Stimmen abgelehnt. Sodann wird der erste Teil der von Bourgeois eingebrachten Tagesordnung mit 288 gegen 247 Stimmen angenommen, die Annahme des zweiten Teils, welcher die Armee betrifft, erfolgt bei 515 Stimmenabgaben einstimmig. Endlich wird die gesamte Tagesordnung mit 293 gegen 246 Stimmen angenommen und sodann die Sitzung mit Hochrufen auf die Republik geschlossen. —

Während die Sitzung der Kammer unterbrochen war, hatten Delcassé und Monis im Kriegsministerium eine Besprechung mit General Galliffet. Die Nationalisten verbreiteten in den Wandelgängen das Gerücht, Galliffet wolle demissionieren, Delcassé habe ihn aber im Namen des Kabinetts gebeten zu bleiben, da sein Rücktritt den Sturz des Ministeriums herbeiführen müßte. Die Nachricht von einer solchen Absicht Galliffets wird indes in aller Form als unrichtig bezeichnet.

Paris, 29. Mai. Jola hat an den Senat ein offenes Schreiben gerichtet, in dem er in scharfen Worten gegen die Annahme-Vorlage protestiert und erklärt, der Senat werde durch Annahme des Gesetzesentwurfs einen Verrat am Volke begehen. — Dem Vernehmen nach beabsichtigen mehrere republikanische Deputierte, dem Kammerpräsidenten eine Resolution vorzulegen, nach welcher die Kammer bis nach Beendigung der Weltausstellung vertagt werden soll. — Infolge des Gerichts, Hauptmann Frelich habe den Ministerpräsidenten gefordert, hat ein Redacteur des „Gaulois“ den genannten Offizier angefaßt, der jedoch jede Anklage verweigerte. —

Die Pariser Gemeindevahl. Es liegt nunmehr eine genaue Statistik der Stimmverteilung in den Pariser Gemeindevahlen vor, die den ziffermäßigen Beweis erbringt, daß die nationalisistische Mehrheit des Gemeinderats eine Minderehrheit der Wähler vertritt. Von den in der Hauptwahl abgegebenen 394 627 Stimmen erhielten die einzelnen Parteien:

| | |
|---|-----------------|
| Socialisten | 142 772 |
| Radikale und Linkradikale | 59 473 |
| Bourgeoisrepublikaner | 22 717 |
| mit Unterstützung der Vaterlandsliga | 26 795 |
| Klerikal-Monarchisten | 20 220 |
| Nationalisten („reine“) | 122 650 |
| Also fehlen 224 662 antinationalisistische Stimmen nur 169 665 nationalisistische Stimmen gegenüber. Während die republikanischen Parteien eine Mehrheit von 55 297 Stimmen besitzen, haben sie im Gemeinderat nur 36 Vertreter gegen 44 Nationalisten aller Gattungen. | |
| Ebenso steht die Stimmenzahl der gewählten Kandidaten im Verhältnis zu ihrer Zahl: | |
| die 20 Socialisten erhielten | 74 382 Stimmen |
| die 15 Radikalen und Linkradikalen erhielten | 42 259 |
| der 1 antinationalisistische Bourgeoisrepublikaner erhielt | 1 208 |
| Zusammen für 36 Gemeinderatsmitglieder | 117 849 Stimmen |
| Die 27 „reinen“ Nationalisten erhielten | 75 497 Stimmen |
| Die 9 klerikal-Monarchisten erhielten | 17 028 |
| Die 8 national. Bourgeoisrepublikaner erh. | 21 090 |
| Zusammen für 44 Räte | 113 624 Stimmen |

Im Durchschnitt entfallen aber auf einen gewählten Socialisten 3719 und auf einen gewählten Nationalisten bloß 2706 Stimmen.

Wie bereits hervorgehoben, ist an diesem Verhältnis die ungerechte, von Anfang an auf reaktionäre Interessen zugeschnittene Wahlbezirks-Einteilung schuld. So enthält ein socialistischer Bezirk im Durchschnitt 8667 eingeschriebene Wähler gegen 6854 in einem nationalisistischen und 3918 in einem klerikal-monarchistischen Bezirk. Erst die nationalisistische Sturmflut hat die Aufmerksamkeit der linksstehenden Parteien auf die reaktionäre Wahlkreise-Geometrie gelenkt. Ein wenig Energie von ihrer Seite dürfte hinreichen, um eine gerechte Einteilung der Wahlbezirke durchzuführen. —

Die fünf Stichwahlen zum Generalrat des Seine-Departements fanden am Sonntag statt. Gewählt wurden zwei Republikaner, ein Nationalist, ein Radikaler und ein Socialist.

Asien.

Die Wirren in China nehmen eine immer bedrohlichere Gestalt an. Wenn die Telegramme, die wir gestern gebracht haben, nicht tendenziös übertrieben haben, so hat die fremdenfeindliche Bewegung in China, die durch die sogenannten „Vogel“ repräsentiert wird, einen Umfang angenommen, der beweist, daß es sich nicht mehr um kleine lokale Revolten, sondern um den Anfang einer Revolution handelt. Es wird für die Regierung, der wahrscheinlich nicht ohne Grund nachgesagt wird, daß sie mit den Bestrebungen der „Vogel“ bis zu einem gewissen Grade sympathisire, kein Leichtes sein, sich den vereinigten Mächten willfährig zu erweisen und die „Vogel“-Bewegung völlig niederzuwerfen. Andererseits freilich würde die chinesische Regierung nicht zu thun haben, wenn sie die Dinge auf die Spitze zu treiben suchte, denn dann könnte es leicht geschehen, daß die Mächte wirklich Ernst machten und die erste Teilung Chinas dicht bevorstünde. Ein Privattelegramm der „Voss. Ztg.“ meldet nämlich:

London, 28. Mai. Die „Shanghai China Gazette“ meldet: Die fremden Gesandten in Peking betrachten die Antwort des Tzungli-Yamen auf ihre Vorstellungen wie die allgemeine Haltung der Regierung als durchaus unbefriedigend und dazu angethan, die Fortdauer der in vielen Teilen des Reichs bestehenden Schredensherrschaft zu erneuern, wenn sie nicht gar zur Ausrottung aller Anhänger des Christentums in China führen. Das diplomatische Corps hielt am 27. Mai eine weitere Sitzung, um die chinesische Regierung zu veranlassen, wirksamere Schritte zur unverzüglichen Herstellung der Ordnung zu ergreifen. Die Gesandten verfehlten nicht die Größe der Aufgabe, wenn die Mächte selber einen direkten Druck auf die aufständischen Provinzen anwenden wollten. Ein solches Verfahren würde eine Truppenmacht von mindestens hunderttausend Mann erheischen. Hunderttausend Flüchtlinge suchten Schutz in der französischen Kathedrale in Peking.

Nach einer ferneren telegraphischen Meldung aus Tientsin heißt es, daß mehreren Belgiern, die mit ihren Familien in Chang-futien, zehn Kilometer von Tientsin, ansässig sind, die Flucht abgegeschnitten ist und daß sie sich auf einem in der Nähe des Orts gelegenen Berge gegen die Voger-verteidigen,

Welche jetzt die Stadt Fengtai niederbrennen. Man begt für das Leben der Belgier ernste Besorgnisse. In Pao-tung-fu sind mehrere Missionare abgemordet. — Ein weiteres Telegramm meldet: Die Maschinenbau-Werkstätten auf der Lokstation in Fengtai sind von den Bogern niedergebrannt worden. Mehrere Personen sind dabei umgekommen.

Tientsin, 29. Mai. Zweihundert chinesische Soldaten haben die Eisenbahnverbindung zwischen Tientsin und Peking wieder hergestellt. Von den belgischen Eisenbahn-Ingenieuren der Linie Peking-Hankow ist man hier ohne Nachricht. Im übrigen herrscht größere Ruhe. Dreißig japanische Marineinfanteristen vom Kanonenboot „Mogao“ sind heute in Tientsin angekommen. Die französischen Kriegsschiffe „d'Entrecasteaux“ und „Surprise“ haben Taku verlassen.

Es ist unverkennbar, daß sich den Mächten so leicht keine so günstige Gelegenheit wieder bieten wird, gegen China vorzugehen. Andererseits wird die Hauptrolle der Mächte wohl durch die nur zu berechnete Weisheit bestimmt, sich in ein Kolonialabenteuer zu stürzen, dessen Ende gar nicht abzusehen wäre. Denn abgesehen von dem enormen militärischen Aufgebot, das eine Besetzung größerer chinesischer Gebiete mit sich bringen würde, hat jede der Mächte auch alle Ursache, der andern nicht zu trauen. Der Einmarsch der Mächte in China würde wahrscheinlich auch im russisch-japanischen Konflikt den Stein ins Rollen bringen, an dessen Austrag auch England und Frankreich nicht uninteressiert wären. Kurzum, die Mächte haben allen Grund, sich jeden Schritt, den sie unternehmen, erst zweimal zu überlegen. Ob die weltpolitische Abenteuerlust nicht trotzdem über die Stimme der klugen Besonnenheit siegen wird, ist keineswegs sicher. In dem Maße, wie die afrikanische Frage an Interesse verliert, wird die ostasiatische immer brennender. —

Amerika.

Geforderte Zollreduzierungen. Washington, 29. Mai. Im Repräsentantenhaus brachte Bailey (Kansas) eine Bill ein, welche bestimmt, daß der Präsident, sobald er erfährt, daß in Deutschland das Gesetz, welches prohibitive Zölle auf amerikanische Fleischprodukte legt, endgültig angenommen ist, eine Proklamation erlassen soll, die den Zoll festsetzt, von dem ab alle in Deutschland erzeugten oder fabrizierten Waren, die zum Verbrauch über Häfen der Vereinigten Staaten eingeführt werden, um zehn Prozent höhere Zölle als die bisherigen bezahlet werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der allgemeine Zustand der Parfettbodenleger wird voraussichtlich durch Vergleich nach nunmehr über achtjähriger Dauer in der nächsten Zeit sein Ende erreichen. Allerdings haben die Unternehmer auch die in der letzten Versammlung beschlossenen Forderungen nicht im vollen Umfang anerkannt, sondern die Einführung des gesamten Tarifs erst zum 1. August d. J. zugesagt. Andererseits sind aber am Montag in den Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen Abmachungen in Aussicht genommen, die geeignet sind, wenigstens für eine längere Dauer stabile Verhältnisse im Gewerbe zu schaffen. Die den Arbeitern, so ist jetzt auch den Unternehmern natürlich daran gelegen, einheitliche Löhne für alle Berliner Firmen festzusetzen. Der Vertrag soll zunächst auf zwei Jahre für beide Teile bindend sein. Um die Zurechnung der Vereinbarungen zu sichern, werden sich die der Vereinigung angehörenden Unternehmer verpflichten, den Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbands zu benutzen, und überhaupt nur Verbandsmitglieder zu beschäftigen. Dagegen sind die Bodenleger, um auch die der Vereinigung nicht angehörenden Firmen zur Beachtung der Vereinbarungen zu zwingen, streng gehalten, bei solchen Unternehmern nicht zu arbeiten, bei welchen der Lohn tarif und die übrigen Bedingungen nicht anerkannt werden.

Nach dem Bericht der Lohnkommission, den sie in der gestrigen Versammlung erstattete, werden diejenigen Firmen, welche gegenwärtig unter dem 1800er Lohn tarif bezahlen, verpflichtet, bei Wiederaufnahme der Arbeit die diesem Tarif entsprechenden Lohn-erhöhungen vorzunehmen. Sofort soll auch, und zwar bei allen Unternehmern, das Hinauftragen des Materials zu den vereinbarten Bedingungen bezahlet werden.

Ueber das Resultat der Verhandlungen entspann sich in der fort besuchten Versammlung der Ausständigen eine lebhafte Debatte. Insbesondere erregte einen großen Teil der Ausständigen der Termin am 1. August, an welchem der neue Tarif in Kraft treten soll, als zu spät. Nachdem sich die Ausständigen der einzelnen Firmen unter sich noch beraten hatten, wurde schließlich beschlossen, auf die von den Unternehmern zugestandenen Bedingungen einzugehen. Unter allen Umständen soll die Arbeit aber so lange ruhen, bis die Vereinbarungen schriftlich mit den Unternehmern festgelegt sind und eine Versammlung der Ausständigen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hat.

Deutsches Reich.

Die Wagenpöher der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau hatten am Montag die Arbeit niedergelegt. Da ihnen die geforderte Lohnzulage nicht bewilligt wurde. Nachdem die Direktion erklärt hat, daß eine Lohnerhöhung bereits in Erwägung gezogen ist, lehrten die Ausständigen wieder zur Arbeit zurück.

Der Tischlerstreik in Breslau. Die Innung hatte den Streikenden vor einigen Tagen einige unbedeutende Zugeständnisse gemacht, die jedoch von den Ausständigen zurückgewiesen wurden. Einige kleinere Firmen haben den Tarif anerkannt. Die Modellschneider haben sich bei der ihnen bewilligten Zulage von 10—15 Proz. statt der geforderten 20 Proz. für dieses Jahr beruhigt. Ferner sind eine wöchentlich 58 stündige Arbeitszeit, statt der geforderten 57 stündigen, und sämtliche andere Forderungen bewilligt.

Die Zimmerer in Langenbielau in Schlesien hatten vor 14 Tagen die Kündigung eingereicht, nachdem ihre Forderung, Erhöhung des Stundenlohns auf 30 Pf., abgelehnt worden war. Nach Ablauf der Kündigung kam jedoch eine Einigung zu Stande und zwar bewilligten die Unternehmer 27 Pf. Stundenlohn sofort, während vom 10. Juni ab eine weitere Erhöhung des Stundenlohns um 1 Pf. stattfinden soll. Der bisherige Stundenlohn betrug 23 und 24 Pf.

Zum Leipziger Bäckerstreik. Nach dem Bericht des Streik-Komitees haben in der letzten Woche insgesamt 11 Meister die Forderungen bewilligt. 188 Gehilfen arbeiten zu den neuen Bedingungen. 11 haben anherhalb Leipzigs Arbeit angenommen. 50 sind abgereist und bei 40 Zugereisten ist es gelungen, sie zur Weiterreise zu bewegen. Von den Innungen zu Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Erfurt und vor allem Berlin sind einige Arbeitskräfte nach Leipzig abgehoben worden. Ein Erfurter Meister hat sich sogar der Mühe unterzogen, die Leute nach Leipzig zu geleiten, damit sie unterwegs von den Streikenden nicht abgefangen werden sollten.

Daß die Bewilligungen nicht zahlreicher erfolgt sind, liegt zunächst daran, daß sich die Meister nicht ohne weiteres dem Druck widersetzen können, der von seiten der Innung auf sie ausgeübt wird. Die Hauptschuld tragen aber die Arbeitswilligen, unter denen sich eine größere Anzahl Verbandsmitglieder befindet.

Die Straßenbahn-Angestellten in Halle haben durch eigenhändige Unterzeichnung der Direktion acht Forderungen unterbreitet. Die Forderungen erstrecken sich auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Insbesondere wird auch eine Milderung der Strafvorschriften verlangt, die große Härten aufweist. Die Angestellten haben bis zum Freitag Antwort erbeten.

Wie Arbeiter behandelt werden. In geradezu unerhörter Weise sind die Angestellten der Hannoverischen Straßenbahn von der Direktion dieser Gesellschaft behandelt worden. Ein so schroffes Abschneiden jeder selbständigen Regelung der Arbeiter geschähe selbst bei den vornehmsten Scharfmachern zu den Ausnahmen. Wir haben bereits berichtet, daß wegen der Teilnahme an den Beratungen über eine Lohnbewegung 31 Angestellte entlassen wurden. Darauf hatte die Direktion durch Aufschlag aufgefodert, die Lohnkommission

möge sich bei ihr melden. Im Vertrauen darauf, daß die Direktion verhandeln wolle, meldete sich die Lohnkommission. Sofort wurden sämtliche Leute entlassen, ohne daß es zur Verhandlung kam.

Diese Schmeichelei wird Herrn v. Thielen und Herrn v. Rhein- haben gewiß imponieren und ganz der von ihnen gewünschten Taktik entsprechen, aber diese Behandlung einer großen Arbeiterkraft, die nur den Versuch unternimmt, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, muß auch äußerlich empören. Schlimmer kann die persönliche Freiheit eines Zuchtgefangenen nicht bedroht werden. Um aber die Grundzüge noch besser kennen zu lernen, die für die Behandlung, oder besser Mißhandlung der Angestellten bei der Direktion dieser Gesellschaft maßgebend sind, geben wir folgende Antwort an das Arbeitersekretariat wieder, welches die Vermittlung in der Streitfrage angeboten hatte:

„Dem geehrten Arbeitersekretariat erwidern wir auf das gef. Schreiben vom 29. cr. . . ., daß für uns eine Lohn-Kommission der Betriebsverwaltung der Straßenbahn Hannover bisher unbekannt war; dieselbe hatte sich ohne unsere Erlaubnis unter Uebergehung des Vertrauensauschusses des Fahrpersonals und ohne Anmeldung an die Direktion gebildet, ist daher nach den bestehenden Vorschriften und Bestimmungen un-gültig. Grundtätlich würden wir überhaupt nicht ab- lehnen, mit dem wohlwollenden Arbeitersekretariat zu verhandeln, denn dieses existiert für uns überhaupt nicht; wir sind die Direktion der Straßenbahn Hannover, die nur mit ihren Leuten unter Ausschluss fremden Personals zu verhandeln hat und auch für die Zukunft nur verhandeln wird, womit das gef. Schreiben vom 29. Mai seine Erledigung gefunden hat, und müssen wir den Leuten, die sich Ihrer Führung anvertrauen, alles Weitere überlassen.“

Welche unwürdige Stellung der Unterordnung weist dieses Schrift- stück den Arbeitern an. Es ist im Ton und der Gesinnung eine Auf- fassung, die nur noch auf dem Kasernenhof wiederkehrt. So ist also der Arbeitsvertrag der Angestellten gedacht, daß sie ohne Erlaubnis der Direktion nichts unternehmen dürfen, es sei denn bei Strafe der sofortigen Entlassung, sie mögen sich zum gegenseitigen, jeder Ordre parrie- renden Schanden betrachten. Wenn diese Grundzüge der Geringschätzung der Arbeiterorganisation, wie die Direktion von oben herab versichert, für alle Zukunft für sie maßgebend sein wird, so kann sie sich im großen Ertum befinden. Es giebt eine Macht, vor der auch diese Grund- sätze schweigen müssen, das ist die Einigkeit und Entschlossenheit der Arbeiter, die solche entwürdigende Behandlung zurückweisen muß.

In Erfurt ist es bereits zu einem ersten Konflikt gekommen. Nachdem die Direktion die Forderungen der Angestellten abgelehnt hatte, trat man am Sonntag früh in den Streik. Von den 38 Wagen waren nur 9 im Betrieb. Der zur Unterhandlung abgesandten Kommission erklärte die Direktion, daß sie die Entscheidung über die gestellten Forderungen bis zum 1. Juni hinausgezögert wünsche, Maß- regelungen werde sie nicht vornehmen. Nach dieser Falsche wurde um 9 1/2 Uhr der Betrieb wieder aufgenommen.

Die Bäcker in Frankfurt a. M. nahmen am Sonnabend endgültig Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Nach dem Bericht der Lohnkommission wurde mit 491 gegen 6 Stimmen der Streik besch-lossen, der gestern in solchen Betrieben zum Ausbruch gekommen ist, wo die Forderungen der Gehilfen, welche in der Hauptsache auf Befestigung von Befähigung und Wohnung beim Arbeitgeber ge- richtet sind, nicht bewilligt wurden. Bis Sonntagabend hatten von 221 Bäckereien mit 630 Gehilfen, die bei diesem Streik in Betracht kommen, 174 Betriebe mit 582 Gehilfen bewilligt.

Ausland.

Bauarbeiter-Aussperrung in Stockholm. Der Lieferant- verband hat den Vorschlag gemacht, ein Schiedsgericht zu bilden, das aus je zwei Repräsentanten der Arbeitgeber- und Arbeiter- organisation bestehen soll, die einen Unparteiischen als Vorsitzenden wählen. Sollte nicht Einigkeit über ihn erzielt werden, dann soll der Oberstaatsanwalt dazu erwählt werden. Das Schiedsgericht soll alle Streitfragen entscheiden; wenn dies geschehen ist, soll die Arbeit wieder aufgenommen und keinerlei Repressalien von einer Partei ausgeübt werden. Der Lieferantverband hat nun die beiden im Kampf befindlichen Verbände aufgefordert, dem Vor- schlag zuzustimmen. Die Arbeiterorganisationen haben den Vorschlag angenommen und sind sofort zur Wahl der Vertreter ge- schritten. Es fragt sich, wie sich der Meisterverein verhalten wird, der bisher alle Schiedsgerichtsvorschläge der Arbeiterorganisation ab- gelehnt hat. Auch die Steinhauer und Cement- arbeiter werden im Anschluß an die Bauarbeiter-Aussperrung arbeitslos, da der schwedische Steinindustrie-Verband beschloffen hat, auf den Arbeitsplätzen in Schonen die Arbeit einzustellen.

Sociales.

Ueber die Wirkungen der Bäckereiverordnung sagt der Bericht der Preussischen Gewerbe-Inspektion:

„Bei der Hälfte der revidierten Bäckereien wurde die strikte Befolgung der Vorschriften als mit der Art des Be- triebes unvereinbar, als undurchführbar hingestellt. Es wird kein Hehl daraus gemacht, daß überall Ver- stöße gegen die Verordnung vorkommen, daß wüßte einer vom andern. Man wird sich also dem nicht verschließen können, daß bezüglich der Bäckerei-Verordnung nach deren mehrjährigem Bestehen offenkundige Mißstände vorliegen. Auf entsprechendes Festsetzen treten die Meister größtenteils der Ansicht bei, daß die Ausübung ihres Berufs richtiger auf die Tageszeit zu verlegen wäre. Für die Durchführung eines solchen Plans fehle es jedoch an genügender Einigkeit in der Innung. Einer der Bäcker, welcher sich keinesfalls als letzter einem solchen Vorhaben anschließen würde, befürchtete von dem Auf- geben der Nachtarbeit einen Niedergang des Bäckerei- gewerbes durch Ausdehnung und weitere Ein- richtung von Brotfabriken.“

Allen jenen Unzuträglichkeiten, welche aus der gesetzlichen Zeit- regelung zwischen Gefellen und Meistern erwachsen sind, würde, ab- gesehen von einer Abänderung oder von Erweiterungs-Bestimmungen der bestehenden Verordnung, durch Abschaffung der Nacht- arbeit gewiß am wirksamsten begegnet werden können. Von den Angestellten im Bäckereibetriebe könnte die durchgehende Befestigung der Nachtarbeit nur mit Bemühtung be- grüßt werden. Dies entspricht dem rein menschlichen Empfinden. Es muß hart erscheinen, daß ein ganzer, großer Berufsweig so Nacht für Nacht gezwungen ist zu arbeiten, nur weil es von alters her der Brauch war und die Lebensgewohnheiten sich danach ein- richteten. Ganz besonders wird durch die Nachtarbeit die körperliche Entwicklung der Lehrlinge berührt. Schon im letztjährigen Bericht ist auf das Aufgeben der Nachtarbeit hingewiesen worden. Vielleicht geben diese Zellen eine weitere Anregung zur Verfolgung dieses Zieles.“

Man sieht also, die Schwierigkeiten, den Bäckerei-Arbeitern menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewähren, liegen höchstens darin, daß es noch eine übergroße Anzahl von Bäckereibetrieben giebt, deren Ertriften nur beruht auf übermäßiger Ausbeutung der Arbeiter und die zum Teil zu Grunde gehen könnten, wenn die be- stehenden, gewiß bestehenden Schutzvorschriften energisch durch- geführt werden.

Die Stimme ist sehr beachtlich, daß die vollständige Befestigung der Nachtarbeit nur an dem Mangel der Einigkeit der Bäckereimeister scheitert. Es bedarf also nur einer geeigneten Anordnung, um dies herbeizuführen.

Arbeiterrecht in Spanien. Am 13. März 1900 ist in Spanien ein Gesetz über die Regelung der Arbeit von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Frauen erlassen worden. Kinder unter 10 Jahren dürfen mit keinerlei Arbeit beschäftigt werden; wenn sie indes lesen und schreiben können, dürfen sie vom neunten Jahre an beschäftigt werden. Bis zu ihrem 14. Jahre dürfen sie in Fabriken nicht länger als sechs Stunden täglich und in kaufmännischen Betrieben nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und es sind

während der Arbeitszeit Ruhepausen von insgesamt mindestens einer Stunde vorgeschrieben. Wenn sie keinen Elementar- und Religionsunterricht erhalten haben und sich innerhalb 2 Kilo- meter von der Fabrik eine Schule befindet, müssen die zwei letzten Stunden für den Schulbesuch freigegeben werden. Wenn die Ent- fernung von einer Schule 2 Kilometer übersteigt, muß eine Fabrik- oder Werkstätte, die regelmäßig mehr als 20 Kinder beschäftigt, eine eigene Fabriksschule unterhalten. Kinder unter 14 Jahren dürfen nachts nicht beschäftigt werden (d. h. zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens). Nachtarbeit ist verboten für jugendliche Personen von 14 und unter 18 Jahren in solchen Betrieben, die von den Lokal- und Provinzialbehörden bezeichnet werden. In Betrieben, in denen Nachtarbeit nicht verboten ist, müssen während jeder vollen Nacht- schicht Pausen von insgesamt mindestens 1 1/2 Stunden eintreten und die Gesamtheit der Nachtarbeit darf in der Woche 48 Stunden nicht übersteigen. Kinder unter 16 Jahren dürfen nicht unter Tage oder in Fabriken, die leichtentzündliche Stoffe herstellen oder benutzen, oder in solchen, die als gefährlich oder ungesund in einem Ver- zeichnis aufgeführt sind, oder beim Reinigen von in Bewegung be- findlichen Maschinen beschäftigt werden. Sonn- und Festtagsarbeit ist für alle Personen, auf die sich das Gesetz bezieht, verboten; Frauen dürfen 3 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden.

Diese Beschränkungen der Ausbeutung sind ja sehr mäßig, doch ist es bemerkenswert, daß die Arbeiter offiziell an der Kontrolle beteiligt werden. Die Aufsicht ist nämlich Lokal- und Provinzial- räten übertragen. Die ersteren bestehen aus einer gleich großen Anzahl Unternehmer und Arbeiter, einem Repräsentanten der Staats- gewalt als Vorsitzenden und einem Repräsentanten der Kirchen- behörden. Diesen Räten liegt die Pflicht ob, alle Arbeitsplätze, an denen solche Arbeiter beschäftigt sind, zu inspizieren, das Vorhandensein hygienischer Arbeitsbedingungen an solchen Plätzen zu sichern, Arbeits- statuten zu organisieren, die Bildung von aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzten Gerichten zu Stande zu bringen, Klagen, die ihnen von einer Partei vorgebracht werden, entgegenzunehmen und überhaupt die Beobachtung des vorliegenden Gesetzes zu sichern. Die Provinzialräte bestehen aus Abgeordneten der Lokalkräte und werden vom Gouverneur der Provinz nach seinem Gutdünken zusammen- berufen. Jedem Provinzialrat ist ein Sachverständiger für die Ge- sundheit und Sicherheit der Betriebe, Werkstätten usw. beigegeben, der von der königl. Akademie der Medizin ernannt wird. Den Lokal- und Provinzialräten sind Vorschläge solcher Maßregeln inner- halb zwei Jahren nach Erlass des Gesetzes zu unterbreiten, die die Reduzierung der Arbeitszeit der dem Gesetz unterstehenden Personen auf 11 Stunden täglich bezwecken und bestimmen, in welchen Be- trieben länger gearbeitet werden darf.

Der Krieg.

Ueber die weiteren Operationen Lord Roberts liegen von englischer Seite heute keinerlei Mitteilungen vor. Da- gegen wird von der Bureauseite folgende amtliche Darstellung der letzten Vorgänge am Vaal-Fluß veröffentlicht:

Britische Truppen haben am Sonnabend den Vaal-Fluß über- schritten. General Lemmer hatte ein heftiges Gefecht am Klipriver, fünf Burghers wurden schwer verwundet, zwei gefangen genommen. Die Burghers schloßen sich an Paal, auf englischer Seite standen etwa 5000 Mann. Gestern fand bei Vanvohkrust, 15 Meilen südlich von Johannesburg, ein Gefecht mit einer starken britischen Strei- kmacht statt, welche vom Klipriver aus durchgebrochen war.

Einzelne englische Blätter geben sich bereits der Hoffnung hin, daß Krüger nunmehr jeden Tag um Frieden bitten könne.

Andre Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Kapstadt vom 29. d. M., in welchem es heißt, es verlautet gerüch- telte, daß Präsident Krüger am letzten Dienstag erklärt habe, er beabsichtige Johannesburg und die Goldminen zu zerstören. Das Telegramm fügt hinzu, Krüger sei gegenwärtig in Pretoria.

Die englischen Verluste in Masering

werden in einem Telegramm des Neuterischen Bureaus aus Masering vom 28. Mai folgendermaßen angegeben:

Von 44 Offizieren sind sechs tot, 15 verwundet, 1 vermißt, von 975 Mann sind 61 tot, 108 verwundet, 26 vermißt, 16 starben an Krankheiten. Von der weihen Bevölkerung sind 4 getötet, 5 ver- wundet, 32 an Krankheiten gestorben, von den farbigen Soldaten und Eingeborenen sind 353 tot und 297 verwundet.

Letzte Meldungen.

London, 29. Mai. (B. L. U.) Feldmarschall Roberts telegraphirt aus der Johannesburger Vorstadt Germiston: Wir sind hier heute Nachmittag, ohne ersten Widerstand gefunden zu haben, ein- getroffen. Von unserer Centralkolonne sind bis jetzt keine Ver- luste gemeldet und nur sehr wenige von der Kavalleriedivision und der berittenen Infanteriedivision. Der Feind erwartete uns erst morgen und hat deshalb einen Teil des Eisenbahnmateriale zurückgelassen. Wir halten den Knotenpunkt der Eisenbahn, welche Johannesburg mit Natal, Pretoria und Merloboort verbindet, besetzt. Die Stadt Johannesburg ist ruhig. Die Minen sind, wie ich er- fahre, unbeschädigt. Ich werde morgen früh den Kommandanten auffordern, sich zu ergeben. Ich erwarte keinen Widerstand und ge- denke morgen Mittag mit dem Heere in Johannesburg einzuziehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Demission Gallifets.

Paris, 29. Mai. (Meldung der „Agence Havas“.) In den Wandelgängen der Kammer wird bestätigt, daß die Demission Gallifets unwiderruflich sei, da sein Gesundheitszustand ihm nicht mehr gestatte, sein Portefeuille länger zu behalten. Der General Andre wird fortbauernd als Nachfolger Gallifets genannt.

Die „Erbfeinde“ in Waffenbrüderschaft.

Tientsin, 29. Mai. (Telegramm des Neuterischen Bureaus“.) Eine bewaffnete Eskadronne, welche aus Franzosen und Deutschen besteht, hat heute nachmittags Tientsin verlassen, um die Befreiung der bei Chang-fu-tien eingeschlossenen Belgier zu ver- suchen. Der Vizekönig hat die Demission der Eisenbahn bis Fengtai erlaubt, wo der Schatz der chinesischen Behörde sein Ende erreicht. Die Erlaubnis ist auch nur auf starken Druck des französischen Konsuls erteilt worden. Von dem Kreuzer der Vereinigten Staaten, „Keweenaw“, werden hundert Seeleute erwartet, welche noch heute abend spät hier einreisen sollen.

Wien, 29. Mai. (B. L. U.) Bei der heutigen Stichwahl im Bezirk Neubau wurde der Antizami-Athorner zum Gemeinderat gewählt. Der Führer der Fortschrittlichen, Vogler, unterlag.

Paris, 29. Mai. Im Senat erstatet Guérin seinen Bericht über die Annahme des Regierungsentwurfs betreffend die Annexion hinsichtlich der mit der Dreysfus-Angelegenheit zusammenhängenden Akten empfiehlt. Die Erörterung über die Vorlage wird sodann mit Zustimmung der Regierung auf nächsten Freitag seligesezt.

Washington, 28. Mai. (B. L. U.) Die Handelskommission des Repräsentantenhauses hat sich, nachdem sie mit dem Staats- sekretär Hay konferiert hatte, dahin entschieden, eine Resolution zu beschließen, in der Hoy ersucht wird, alle geeigneten Schritte zu thun, um den Widerruf der von Brechen getroffenen Bestimmungen zu erlangen, nach welcher der New Yorker Mutual Life Insurance Company die Geschäftstätigkeit in Bremen untersagt ist.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblätter.

Partei-Nachrichten.

Ein neues polnisches Parteiblatt soll in Chicago vom 1. Juli ab wöchentlich erscheinen. Am 1. Mai ist die erste Probe...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Von der Strafkammer in Sorau wurden am Montag die Redactoren der „Nächtlichen Volksstimme“, die Genossen Wittich und Jappan, wegen formaler Beleidigung eines Forster Schneidermeisters...

Im katholischen Rheinland wird die Arbeiterbewegung immer lebhafter, damit meinen sich aber auch die Schwierigkeiten, die sich ihr auf allen Wegen entgegenstellen.

Wenn Staatsbürger infolge so trasser Mißverständnisse über die Bedeutung der Gesetze diese verletzen, dann werden sie bestraft, auch wenn niemand den geringsten Schaden von der Gesetzesverletzung hat.

Aus der Frauenbewegung.

Die Petition der socialdemokratischen Frauen um Streichung des § 361,6 hat vorläufig keinen Erfolg zu verzeichnen. Bei der Wiedereröffnung des Reichstags nach Ostern ging ein Nachtrag zu derselben ein, welcher die Zahl der Unterschriften bis weit über 10 000 erhöhte...

Nachdem sich erst die Ueberzeugung Bahn gebrochen hatte, daß es dieser hier in Frage kommende § 361, 6 ist, welcher es ermöglicht, jede Frau, bei Tag oder Nacht (wenn es auch zumeist bei Nacht gehandelt wird) auf den einfachen Verdacht eines Sittensündens hin zur Polizei zu führen...

Es liegt im Wesen jeder willkürlichen Gewalt, daß sie sich nicht beugt. Es ist schon ungenügend gefährlich und bedeutet eine schwere Schädigung unsres Rechtswesens, daß in immer zahlreicheren Fällen der Richter seinen Spruch nach Gutdünken, nach persönlichen Empfinden abgeben kann...

punkt keiner Partei kann es verlegen, wenn man verlangt, daß dieser traurigen Schmarogerpflanze an unserm Volksleben, welche man sich zu schwach fühlt auszurotten, durch feste gesetzliche Schranken, welche beiden Geschlechtern ihre Rechte wahrt und ihre Pflichten auferlegt, in ihrer Entwicklung bestimmte Grenzen gesetzt werden.

Gerichts-Beilage.

Eine Urteilsbegründung. Am 21. Mai wurde der Redacteur des „Handelsgestellten“ vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Verleumdung der Firma Speyer u. Peters zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Strohverfälschung kam indessen in Betracht, daß der ganze Artikel den guten Ruf des Privatklägers vollständig zu untergraben geeignet ist, daß der Artikel in besonders gehässiger, heftiger Sprache geschrieben ist, einer Sprache, wie sie nur in socialdemokratischen Kreisen und Zeitungen geführt zu werden pflegt.

Den Wiedererwerb der verlorenen Staatszugehörigkeit betrifft eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. Der jetzige Direktor des hiesigen Savoy-Hotels, Braun, war als vierzehnjähriger Knabe nach Amerika übergesiedelt und hatte im August 1891 durch Ablauf der zehnjährigen Frist die preussische Staatszugehörigkeit eingebüßt.

Ein Prozeß wegen Wuchers, in Verbindung mit andern Straftaten hat zwei Tage lang die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Oppermann in Anspruch genommen. Die Verhandlung fand im kleinen Schwurgerichtssaal statt.

W. könne nicht die Wiederaufnahme nach § 21 Abs. 5 verlangen. Der Abs. 5 finde nur Anwendung auf die, die im Ausland 10 Jahre verweilt haben, ohne dort naturalisiert zu sein, und die ihre preussische Staatszugehörigkeit lediglich durch den zehnjährigen Aufenthalt im Ausland verloren hätten.

Produktenmarkt vom 29. Mai. Für Getreide entwickelte sich heute Tendenz, da sich die Ernteaussichten in den östlichen Provinzen infolge des reichlichen Regensfalls der letzten Tage wesentlich gebessert haben und außerdem auch in Amerika und Rußland ziemlich bedeutende Ernten erwartet werden.

Wetter-Propgnose für Mittwoch, den 30. Mai 1900. Laugsam anfangend bei mäßigen nordwestlichen Winden, leichten Regenschauern und etwas steigender Temperatur.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

halten. Der Lieferant ist niemals zu ermitteln gewesen. Graf H. erhielt weiter kein Geld, als 1800 M., die ihm Frau Hönninghaus nach der Verhaftung ihres Mannes geschickt hat. Graf H. hat dann noch den ersten Wechsel über 5000 M., den Hönninghaus widerrufen hat, dem Möbelhändler überantwortet hatte, bezahlen müssen, so daß er erheblich geschädigt ist.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Südtirol, Dießl Verlag) ist soeben das 35. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ben. Tessenhardt bis Thibien. - Klassen und Parteien in Italien. Von Dr. Juane Bonami. III - Handelsverträge und imperialistische Erpan-

Der Koniger Mord. Ein Beitrag zur Klärung. Unter diesem Titel ist im Verlage von Brock u. Jüngler in Breslau eine kleine Schrift erschienen, die in übersichtlicher Anordnung alles bringt, was über die geheimnisvolle That bisher bekannt geworden ist.

Die neue Hellmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise. Von M. Waten. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin, Leipzig u. Bonn. 24 Hefen a 50 Pf. Heft 1 und 2.

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil, listing prices in different currencies and units.

Witterungsbericht vom 29. Mai 1900, morgens 8 Uhr. Stationen: Weimende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien. Includes weather conditions and temperature readings.

Table with weather forecast for Wednesday, May 30, 1900, listing stations and weather conditions.

Wetter-Propgnose für Mittwoch, den 30. Mai 1900. Laugsam anfangend bei mäßigen nordwestlichen Winden, leichten Regenschauern und etwas steigender Temperatur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Der Arbeiter-Radschreiberverein „Berlin“ tagt jeden ersten Donnerstag im Monat bei Wille, Andreastr. 26, jeden dritten Donnerstag bei Kaabe, Kolbergstr. 23.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. * SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.

Backmehl

feines Kaiserauszugmehl

| | | |
|---------|---------|--------------------|
| 2 Pfund | 5 Pfund | 10 Pfund |
| 32 Pf. | 80 Pf. | 1 ⁶⁰ M. |

| | | |
|--------------------------------|-----------------|--------|
| Grosse Rosinen | : : : Pfund | 40 Pf. |
| Sultanin | : : : : : Pfund | 50 Pf. |
| Corinthen | : : : : : Pfund | 35 Pf. |
| Vanillen-Zucker | in Dosen : : . | 9 Pf. |
| Zucker, gemahlene Raffinade | : : : 2 Pfund | 55 Pf. |
| Zucker, gemahlene Raffinade II | : : : 1 Pfund | 25 Pf. |

Kochmehl

feines Weizenmehl

| | | |
|---------|---------|--------------------|
| 2 Pfund | 5 Pfund | 10 Pfund |
| 26 Pf. | 65 Pf. | 1 ³⁰ M. |

| | | |
|--|-----------------|--------------------|
| Mandeln, süß u. bitter | : : : : : Pfund | 1 ¹⁰ M. |
| Citronat (echtes Corsicanor) | : : : : : Pfund | 70 Pf. |
| Citronen, extra grosse Messina-Erfrüchte | : : Stück | 5 Pf. |

Vanille, Macisblüthe, Cardamom
zu allerbilligsten Preisen.

Kaffee

täglich frisch geröstet No.

| | | | | | | |
|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 35 Pf. | 37 Pf. | 40 Pf. | 50 Pf. | 60 Pf. | 70 Pf. | 80 Pf. |

Braune Kuchenformen

| | | |
|--------|----------------|--------|
| klein | mittel | gross |
| 23 Pf. | 28 Pf., 35 Pf. | 38 Pf. |

Auf die von der Fünfer-Kommission der Brauer erlassene Bekanntmachung, in welcher auch unsre Brauerei erwähnt wurde, teilen wir hierdurch mit, dass wir erst im Herbst vergangenen Jahres mit den bei uns angestellten Brauern unter Zuziehung der Berliner und Spandauer Lokal-Kommission eine Einigung bezüglich der Arbeitszeit und der Löhne getroffen haben, an der vereinbarungsgemäss nicht gerüttelt werden sollte. Dieser Umstand scheint der Fünfer-Kommission nicht bekannt gewesen zu sein, sonst würde dieselbe unsre Firma nicht erwähnt haben.

Berlin, den 29. Mai 1900.

Radeberger Exportbierbrauerei

Abteilung: Pichelsdorf.

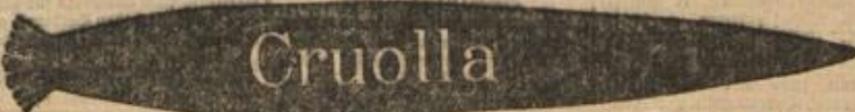
Wurms Magendoktor

Ansichts-Postkarte erhalten Sie beim Einkauf von Wurms konzentr. Kräuterliqueur Magendoktor in den Restaurationen und conc. Ladengeschäften



Beachten Sie die ärztl. Attest-Plakate! Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläsern!

Engros Billigster Bezug Versand
100 Stück für jeden Haucher und Händler! Mk. 4,25.



(Versand nach Auswärts nicht unter 100 St. von einer Sorte, von M. 11,- an portofrei. Bei Abnahme von 500 Stück 5 Proz. Rabatt.)

| | | | | | |
|----------|---------------------|--------------------------------|------------|--------------------------|------------|
| Moralis | pr. 100 St. M. 2,40 | Havanna House, 100 St. M. 3,00 | Imperio | pr. 100 St. M. 5,00 | |
| Habanna | " " " 2,75 | Nora | " " " 4,00 | Eminente | " " " 5,50 |
| Nanki Po | " " " 3,15 | Onkel Bräsig | " " " 4,50 | Flor de St. Felix Brasil | " " " 6,00 |

M. Reinhardt, Cigarren-Versandhaus, Berlin N., Chausseestr. 85.

Möbel und Polsterwaren, Franz Tulzauer, Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Wein zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack.

garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M. 120,-
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 10.

Gluten-Kakao
Gemüse- und Krattsuppen
Eouillon-Kapseln
Suppen-Würze

MAGGI

stets vorrätig bei Paul Pistor, N., Wollinerstr. 3.

Sofastoff-Reste

ausreichend zu Bezügen, in Wollrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.

J. Adler Teppichhaus, Königstr. 20, dicht am Rathaus. [3914L]

Speck nur deutsche Ware! mager a Pfd. 65 Pfg. bei 5 Pfd. a Pfd. 58 " fetter " 55 " prima a Pfd. 1,10 halbhüte " a Pfd. 85 Pfg.

Landschinken a Pfd. 90 Pfg.

E. Klähn, Finken-Strasse 10.

Specialgeschäft für fertige Wäsche Emil Vogt, Berlin SO., Oranienstr. 169, zwischen d. Albaldestür. u. d. Oranienpl. Oberhemden, Servietten, Kragen, Manschetten, Kravatten, Tricotagen, Sportheimden etc. Damen- u. Kinder-Wäsche, Schürzen. [49919]

Statur-Heilverfahren. Galt, Horn u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufsänderung. [39782] R. Wagner, Invalidenstr. 151/1 (fr. Wallstraße 23.) 9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Zum Landbau! Gebrauchtes Kamholz, Bretter, Balken, Leisten, Türen, Fenster, Dachstuhl, Eisen, Blei! M. Kühle, Kottbuser Damm 22. Teilzahlung monatlich 10 Mk. liefert elegante Garderobe nach Maß, auch der Raffi mit kleinem Hutgen J. Tomporowski, Schneidermeister, Krausenstr. 16 II.

Zenith-Cigaretten werden jetzt von jedem wirklichen Kenner bevorzugt. [1053b]

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstrasse 132/133 • Rosenthalerstrasse 27/29 und 54 • Oranienstrasse 53/54.

Schuhwaren

| | | | |
|---|------------------|--|-----------------------------------|
| Damen-Schnürschuhe, Rossleder . . . | 3,75 Mk. | Damen-Lastingschuhe : : : : : | 1,65 Mk. |
| Damen-Knopfschuhe, Rossleder : : : | 3,75 Mk. | Kinder-Knopfstiefel, No. 18-22 21-24 25-26 27-30 31-35 | 1,75, 3,-, 4,-, 4,35, 5,- Mk. |
| Damen-Schnürschuhe, braun Chagrinleder | 3,90 Mk. | Chagrinleder, braun | No. 18-22 21-24 25-26 27-30 31-35 |
| Damen-Knopfschuhe, braun Chagrinleder | 3,90 Mk. | Kinder-Schnürstiefel | 1,75, 2,85, 3,75, 4,35, 5,- Mk. |
| Damen-Spangenschuhe, braun Chagrinled. | 3,90 Mk. | No. 25-27 28-30 31-35 | |
| Damen-Knopfstiefel, braun Chagrinleder | 6,75 u. 9,50 Mk. | Kinder-Knopfschuhe, braun | 2,90, 3,25, 3,75 Mk. |
| Damen-Knopfstiefel, Chevreauleder, schwarz und braun | 9,- Mk. | No. 25-27 28-30 31-35 | |
| Damen-Schnürstiefel, braun Chagrinleder | 6,50 u. 9,50 Mk. | Kinder-Schnürschuhe, braun | 2,90, 3,25, 3,75 Mk. |
| Damen-Schnürstiefel, Chevreauleder, schwarz und braun | 9,- Mk. | No. 25-30 31-35 | |
| Damen-Hausschuhe, braun Chagrinleder | 2,95 u. 3,35 Mk. | Kinder-Segeltuchschuhe, braun mit Absatz | 1,85, 2,25 Mk. |
| Damen-Segeltuchschuhe, braun, mit Absatz | 2,65 Mk. | | |
| | | Herren-Schnürschuhe, braun Chagrinleder | 5,75 Mk. |
| | | Herren-Schnürstiefel, braun Chagrinleder | 8,25 Mk. |
| | | Herren-Segeltuchschuhe, braun, m. Absatz | 3,45 Mk. |

Preisliste über Sommer- und Reise-Artikel wird kostenlos zugesandt.

Versand-Abteilung Berlin W., Leipziger Strasse 132/133.

Gegründet 1879.

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 8 grosse Schaufenster, 18 Bogenlampen, tagshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sommerpaletots. Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel. Sommer-Anzüge. Berufskleidung. Specialität: Massanfertigung.

Reelle billigste Preise.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutschr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schnitz-, Schwarztopfstr. 15. †131*

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warichauerstr. 63 im Schankhof.

Gardinenhaus Grosse Frankfurterstr. 9, parterre. †150

Borjährlige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Reglin, Schloßstr. 76, Ecke Hansburgerstr. Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten, prächtiger Stand, 12,00, zweischläfrig 16,50. Gubenstr. 3, Pfandleihe. †150*

Betten, Steppbetten, Gardinen sportbillig Versandhaus Reanderstr. 6.

Remonteur, Regulatoren sportbillig Versandhaus Reanderstr. 6.

Teppiche, sportbillig Pfandleihe Reanderstr. 6.

Milchgeschäft mit Rolle verkauft Krüger, Mühlstr. 163a. 11785

Teppiche mit Gardenschlern, Fabrikniederlage Grosse Frankfurterstr. 9, parterre.

Ruhbaummöbel, Stube, Küche, sportbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, vorn I links. †77*

Schlafsofa, Tischendians, Spind, Spiegel, auffallend billig Stahl-schreibertische 43 parterre. 12306

Patent Schlafsofa, Mahagoni-Spiegel, Spielisch, Säulen-Teppich verkauft Kaufmännische Str. 20, Keller. 1908*

Damenbüten billig Güte, Weinbergsweg 13b. 9185

Fahrrad verkauft Barbiergeschäft, Brunnenstr. 113. †146*

Fahrräder, Teilzahlung, mäßige Anzahlung, Lager vierhundert Maschinen, Bahnräder, 18 Pfund, Strohhüter, Kurus, Damenräder, Zweiflügel, Hinterräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik. Imperial, Dieffenbacherstr. 33. 11809*

Fahrräder, erhaltlich, zu Engrospreisen im Lager, Kommandantenstr. 46 I Teilzahlung gestattet. Abonnenten dieses Blattes Rabatt. 11625

Fahrradhändler! taufen sämtliche Zubehör- und Reife, sowie Gesetze, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradfabrik ein gross jetzt Rudowerstr. 3, Offenbergr. 197*

Nähmaschinen, beste Ringstich-, Adler-Schnellnäher ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Volkst. Landberger, Landbergerstr. 35. Kein Vaden. 12876

Gastocher, Sparsystem, Jewellod 6,00, Dreiloch 10,00, Gasdröden 12,00, Gasplättchen, Schneider-Bügelapparat billig. Teilzahlung. Woplauer, Köllner-Theaterstr. 32. (Kein Vaden.) 9036

Abeliner Feld-, Gartenbrunnen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kaufmann, Röllenhofstr. 19, am Urban. 21/15*

Bahrschleier 45 Blöden 3 Mark, Brauerei Andreadstr. 63. 12326

Steppdecken am billigsten Fabrik Grosse Frankfurterstr. 9, parterre.

Fahrräder, verfallene, kolossale Auswahl, neue deutsche erhaltliche Räder, 100,00 Mark. Verhhaus, Neue Schönhauserstr. 11. 83/10

Salbranner, Schwarztopf, verkauft Kuppnerstr. 26 vorn parterre links. †147

Vermischte Anzeigen.

Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, 400,00, Steglitzerstr. 65. 8015

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Rietert, W. Bülowstr. 56, 2. Hof parterre. 23876

Uhren repariert Wilhelm Glöbe, Uhrmacher, Putzstr. 45. 146*

Führen jeder Art führt billig Otto Damsel, Hedemannstr. 2, Kohlenhandlung. 9826

Vereinsszimmer empfiehlt Herr. Alte Jakobstr. 119. 288K*

Vereinsszimmer n. Pianino Blanc. Krausenstr. 18. 210b

Ein Vereinsszimmer mit Piano ist zu vergeben. Hermann Reher, Rudowerstr. 28. 12926

Vereinsszimmer mit Piano für 60 Personen. Suchland, Reibelstr. 39. 12836

Vermietungen.

Mietgesuche.

Möblierte Schlafstelle sucht Herr, separat, alleiniger Mieter. Offerten Schneider, Postamt 19. 12036

Zimmer.

Zimmer, 15 Mark, vermietet Bohl, Burgdorferstr. 13, Portal II, IV. 12858

Schlafstellen.

2 Genossen finden gute Schlafstelle bei Fr. Ding, Gröbstr. 35. 12436

Für 1 oder 2 Herren möblierte Schlafstelle vermietet Frau Dehne, Bergmannstr. 26 Hof I. 12906

Bessere Schlafstelle für Herrn bei W. Forststr. 49 vorn III.

Schlafstelle (Herrn), Grüner Weg 25 vorn III. rechts. 12816

Schlafstelle für 2 Herren Stallgerstr. 38 vorn IV. †111

Schlafstelle (Herrn) Stallgerstr. 116a, Jeld. 12805

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dreher und Mechaniker auf prächtige Dreharbeiten werden eingestellt. Dewitt & Herz, Georgenkirchstr. 21

Bauschleier verlangt Reiff, Bernsdorf, Seebachstr. 4. 12909

Tüchtige Barockvergoldter und Farbmalger finden dauernde Beschäftigung. Goldschmiedfabrik Meyn, Brunnenstr. 25. 12858

Tüchtige Klempner für Kupferne Apparate nach auswärts für dauernde Stellung und hohen Verdienst gesucht. Offerten unter E. 5 Expedition des „Vorwärts“. 12836

Knopffrauer auf Horn und Stein nach gesucht Halbesstr. 48. 12826

Zwei Gürtlerlehrlinge sucht per sofort Herrmann Schmidt, Elisabeth-Str. 5/6. 12796

Farbmacher und Barockvergolderrinnen verlangt Joers, Stallgerstr. 28.

Stellengesuche.

Bilder Stuhlkleider bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Götter, Wuladstr. 27. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Achtung, Drechsler!

Bei der Firma Voeltzkow, Ritterstr. 15, haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 80/8

Die Ortsverwaltung.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Donnerstag, den 31. Mai, fällt der Vortrag in Rede- und Übung wegen Behinderung des Genossen Kränzl aus. Die ausfallenden Stunden werden vor Kurzschluss nachgeholt. Die Bibliothek ist von 7-8 Uhr geöffnet.

Der Einführung von Fahrkarten-Automaten wird in der „Zeitschrift für Kleinbahnen“, die unter ihrem Titel die Bemerkung trägt, „Herausgegeben im Ministerium der öffentlichen Arbeiten“, menschenfreundlich das Wort geredet. In der Beilage dieser Zeitschrift, betitelt: „Mitteilungen des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen“, finden wir einen Artikel des Civilingenieurs Fritz Krull in Hamburg über elektrisch betriebene Fahrkarten-Automaten für elektrische Straßenbahnen. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß das Streben der Straßenbahn-Gesellschaften überall darauf binzielt, mit der Einführung des elektrischen Betriebes die Schaffner abzuschießen, um durch das beträchtliche Ersparnis an Löhnen den Profit der Aktionäre zu steigern. Auch in Berlin würde dies zweifellos bereits in umfassender Weise geschehen sein, wenn nicht die Verkehrsbehörde mit ihren Bestimmungen solcher Profitvermehrung hindernd im Wege stünde und wenn die Sache nicht sonstigen Haken hätte. In jenem Artikel wird nun lebhaft Propaganda für die Abschaffung der Schaffner und Einführung des Automaten gemacht, dessen Vorzüge in Wort und Illustration angepriesen werden. Ganz abgesehen davon, daß durch Einführung solcher Automaten tausenden menschlicher Hände wieder das Stroh Brot geraubt würde, muß der Fahrkarten-Automat auch zu einer Steigerung der Betriebsunsicherheit führen. Schon heute gefährden die rasch dahinschreitenden Motorwagen in den Centralstraßen der Großstädte die Sicherheit des Verkehrs in außerordentlichem Maß und es ist gewiß nur der Aufmerksamkeit von Wagenführer und Publikum zuzuschreiben, daß sich nicht mehr Unglücksfälle ereignen. Vereitigung der Schaffner durch Automaten würde aber selbstverständlich eine größere Belastung des Wagenführers mit Arbeit mit sich bringen, ferner würde das Auf- und Absteigen bei fahrendem Wagen immer mehr einreisen, so daß die Betriebsunsicherheit ganz erheblich gefährdet würde.

Bei alledem mag man es hingehen lassen, daß die Direktion und Aktionäre der Straßenbahn-Gesellschaften in dem an amtlicher Stelle herausgegebenen Blatt mit der Aussicht auf vermehrte Profite leidet gemacht werden. Hüblich ist es nur nicht, daß dies auch auf Kosten des ethischen Namens der hartgeplagten und elend entlohnten Angestellten geschieht. Es heißt nämlich schlauweg in dem Fachblatt: „Ferner ist es eine bekannte Tatsache, daß nicht gerade selten die Schaffner der Straßenbahnen zu Fahrgeldhinterziehungen verführt, indem sie im Umverhältnis mit dem Publikum das Fahrgeld einlassen, ohne Willens zu erheben oder nur einen Teil des Fahrgelds erheben und in ihre Tasche stecken, den Passagier aber blind mitnehmen. Diesem Unwesen wird durch den Vorkaufautomaten der Garauz gemacht.“

Das ist eine Propaganda, die über das Maß der guten Sitten beträchtlich hinausgeht.

Die Frommen sind auch gestern an der Arbeit gewesen. Der zumeist aus Hospredigern und Hofbeamten bestehende Gesellschaft zusammengeführte Ausschuss des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins hielt im königlichen Schloß seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Wilfried Scheimer hat u. a. Levegow richtete eine Begrüßungsansprache an die in der Versammlung anwesende Kaiserin. Nach der „Kreuzzeitung“ sagte der Vorsitzende: „Die kirchlichen und sozialen Notstände nehmen infolge der Zeitumstände zu. Die Kirche, die die meisten auch Feinde von Thron, Staat und Gesellschaft sind, machen das Uebel um so schlimmer. Demgegenüber sind unsere Kräfte nur schwach, und eure Majestät werden gewiß öfter gesagt und gedacht haben: konnte der Hilfsverein nicht noch mehr thun?“

Und diese bewegte Klage, trotzdem der Kirchenbauverein für die Errichtung von „Gotteshäusern“ zu mehr als elf Millionen Mark verbrocht hat. Wenn die evangelische Kirche mit Geld für Renommee haben könnte, so müßte allerdings ganz Berlin bereits durch und durch verrommt sein. Wo solches nun leider nicht geschieht, „Un glaube“ und wissenschaftliche Erkenntnis hingegen immer mehr in der Bevölkerung zunehmen, ist es eigentlich ein wahres Glück, daß es Feinde von Thron, Staat und Gesellschaft gibt, die angesichts der geistigen Ohnmacht der Kirche als Präventivmaß dienen können.

Mit welchen Schmerzen die Frommen sich übrigens zuweilen plagen, darüber gibt ein Synodalbericht in der „Post“, S. 10, Kunde. Es heißt darin: „Der Bericht aus der Dorothienstädtischen Gemeinde beklagt, daß der Fremdenverkehr in den zahlreichen Hotels und Chambres garnies und die Nähe der Verkehrscentren und Verkehrswege schon am Vormittag der Sonn- und Festtage um 8 Uhr auf die Feiertagsruhe und Feiertagsheiligung zurückwirken. Der Gemeindevorstand hat deshalb ein Gesuch an die städtische Verwaltung um Absperrung der Mittelstraße und Kreuzstraßen gerichtet, das aber abschlägig beantwortet ist. Wie wäre es, wenn die Straßen und Bahnhöfe während der Kirchstunden gesperrt würden? Was dem Militär recht ist, sollte der Kirche billig sein.“

Der Fall Bietzen. Gegen den Entsch. der Oberfelder Strafkammer ist Beschwerde eingelegt; bei der außerordentlich schwachen Begründung jenes Entsch. ist ein günstiges Resultat zu erwarten. Jedenfalls werden die Männer, welche von Bietzens Anschuld mehr als je überzeugt sind, in ihren Bemühungen nicht nachlassen. Im Gegenteil, sie sind erforderlichen Falls entschlossen, an die öffentliche Meinung weit kräftiger noch zu appellieren, als es bisher aus Rücksicht auf den regulären instanzmäßigen Verlauf der Sache für nötig erachtet wurde.

Der Mitteilungen in der Angelegenheit zu machen hat, oder Information zu erhalten wünscht, der wende sich an den Genossen Wilhelm Liebknecht, oder den Rechtsanwält Genossen Frankl, Köthenerstr. 1, der den Prozeß nach wie vor führt.

Einige neue Telegraphenanstalten werden demnächst in Berlin eröffnet werden. Die Mittel dafür sind bereits bewilligt, so daß die Anschlüsse im Laufe dieses Sommers werden bewirkt werden. Im Centrum erhält das Postamt 77 in der Lindenstr. 84, welches dem Postamt 22 in der Rosenfelderstr. 66 untersteht, den Telegraphen. Im Norden soll das Postamt 108 in der Putzbrunnstr. 20 angeschloßen werden. Dieses Amt gehört zu dem Postamt 31 in der Uebomstr. 9. Im Westen Berlins soll das Postamt 69 in der Nürnbergerstraße und Kurfürstenstr. 101, das zum Postamt 62 in der Landgrafstr. 2 gehört, und das Postamt 104 in der Genthewerstr. 37 Telegraphen erhalten. Das letztere gehört zum Postamt 135 in der Köpenickerstr. 98. Außerdem ist noch eine Telegraphenanstalt für die Postagentur Wilhelmshagen in Aussicht genommen.

Zu den Berliner Krankenhäusern befanden sich Ende Januar d. J. 6947 Kranke — gegen 4994 am Anfang des Monats. — Gestorben sind in den betreffenden Krankenhäusern im Monat Januar 779 Personen.

Der Schnellzug Berlin-Köln, der mittags 1 Uhr 8 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße abfährt, wird bis zum 31. August auch Wagen dritter Klasse führen.

Die elektrische Beleuchtung der Mühlendamm-Schleuse wird jetzt vorbereitet. Es sollen nämlich in Zukunft, wenn es erforderlich ist, auch bei Nacht Schiffe durchgeleitet werden.

Die Nachricht, daß zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Branddirektor Giersberg eine Beratung über die Verteilung der Feuerwehre bei Unterdrückung von Unruhen stattgefunden habe, wird antilich für unrichtig erklärt.

Große Absperungen giebt es am Donnerstagmorgen abermals in den nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen, weil an diesem Tage eine Parade stattfindet.

Durch einen Sturz vom Gerüst ist gestern mittag der Maurer Eduard Lehle aus der Schönhauser-Allee 73 schwer verunglückt. Auf dem Grundstück Brunnenstr. 108 wird das Hintergebäude abgeputzt. Hierbei war Lehle auf einem Gerüst im dritten Stock beschäftigt. Das Brett, auf dem er stand, war überlastet und brach. Der Maurer stürzte mit dem Mörtel und seinen Handwerkszeug auf den gepflasterten Hof hinab, zog sich schwere innere und Kopfverletzungen zu und wurde mit einem Pflasterwagen durch die Rettungswache in der Kasanien-Allee nach der Charité gebracht werden.

Auf der Polizeiwache gestorben ist der 46 Jahre alte Maler Albert Hingge, dessen Tod ein trauriges Bild aus dem Großstadtleben entwirft. Hingge, der aus Angermünde stammt, war dem Trunk ergeben. Bis zum Februar dieses Jahres wohnte er mit seiner Frau und fünf Kindern im Alter von ein bis zehn Jahren in der Kappell-Allee 120. Dann wurde er ermittelt. Einen Monat war die Familie im städtischen Obdach. Anfangs April trennte sich Frau Hingge von ihrem Mann und zog mit einem Kind nach Angermünde zu Verwandten. Die beiden jüngsten Kinder kamen in ein Krankenhaus, wo sie starben, die beiden ältesten in das Waisenhaus. Hingge fand eine Schlafstelle in der Dunderstr. 18. Gestern abend erhielt seine Frau die telephonische Mitteilung, daß er gestorben sei, und sie kam daraufhin heute morgen hierher. Gegen 5 Uhr nachmittags fanden ihn Schutzmänner zwischen der Preuzlauer Allee und der Dunderstraße auf dem freien Felde liegen und brachten ihn im Interesse seiner eignen Sicherheit nach der Wache des 68. Reviers in der Kappellstr. 41. Hier erklärte er während eines heftigen Erbrechens bald nach der Ankunft.

Unter dem schweren Verdacht, sich gegen seine eigne und seine Stiefkinder vergangen zu haben, ist der 40 Jahre alte Gutsmacher Albert Unger, Hauptstr. 28, verhaftet worden. Unger heiratete nach dem Tode seiner ersten Frau vor vier Jahren eine Witwe, die eine jetzt zwölf Jahre alte Tochter in die Ehe mitbrachte, während seine eigne Tochter 17 Jahre alt ist. Diese hatte seit vierzehn Tagen keinen Dienst und war zu Hause. Zu dieser Zeit soll der Vater, wenn seine Frau vergangen zum Bettengangstragen die Wohnung verlassen hatte, sich schwer gegen die Tochter und Stiefkinder vergangen haben, gegen diese auch früher schon. Die Polizei des 51. Reviers nahm Unger auf erhaltene Anzeige fest und führte ihn nach einem Verhör auf der Revierwache der Kriminalpolizei zu.

Auf der Straßenbahn verunglückt ist gestern nachmittag die 6 Jahre alte Tochter Margarethe des Malers Ludwig aus der Zisterbergstr. 18. Das Kind spielte in der Frankfurter-Allee mit einem achtjährigen Bruder auf dem Mittelwege. Als es über den Fahrdamm hinüberlaufen wollte, wurde es von einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Spittelmarkt-Friedrichsfelde ungerührt. Der Verunglückten wurden zwei Finger der linken Hand abgefahren, außerdem erlitt sie Verletzungen am Kopfe. Sie wurde durch die Rettungswache in der Frankfurter Allee nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Ebenfalls ist der 10jährige Knabe Anabe, der bei seinen Pflege-Eltern, den Volgischen Eheleuten in der Linienstr. 190 wohnte, beim Absteigen vom Pferdebahnwagen tödlich verunglückt. Der Knabe sprang in der Zuvaldenstraße in der Nähe des Neuen Thors trotz warnender Zurufe während der Fahrt ab, fiel hin und geriet unter einen Brauerwagen, dessen Aufsätze die Pferde nicht mehr zum Stehen bringen konnte. Die Mäder des beladenen Wagens gingen dem Verunglückten über die Brust. Nach drei Stunden erlag er in der Charité, wohin die Pflegemutter ihn brachte, den inneren Verletzungen.

Eine Gesellschaft von etwa 70 Herren der anthropologischen und dermatologischen Gesellschaft besichtigte gestern morgen im Circus Darnum u. Daitch die dort angestellten Prostituierten.

Im Zoologischen Garten ist unter der Leitung des Herrn F. Marquardt eine aus dreißig Männern, Frauen und Mädchen bestehende Truppe von Samsanern angekommen. Am Freitag wird sich die Truppe zum erstenmal öffentlich zeigen.

Im Berliner Aquarium ist die Abteilung der Terrarieneinwohner um eine Anzahl Nieseln und Wüstlingsarten bereichert worden, die von den Inseln und Amerika anlangten und für die Inseln höchst erwünschte Ergänzung der vorhandenen Bestände bedeuten. Die eine der wüstlichen Nieselnarten gehört zu einer Nieseln-Art, welche in ihrer abseitigen Heimat schon merklich in der Abnahme begriffen ist. Die andere stammt von der Insel Java und fällt gegenüber der vorigen in ihrer bunten Färbung dadurch auf, daß an ihren dunklen Rauten- und Rundflecken ein Goldgelb schon hervortritt, so daß sie dem Aquarium als „Gold-Nieseln“ angeboten wurde.

Aus den Nachbarorten.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg kam der Konflikt, den einige Mitglieder der Tiefbau-Deputation mit dem Magistrat hatten, zur Erörterung. Man sah es den Gesichtern der Stadtväter an und hörte es aus ihren Mäulen: sie waren nicht geneimen, eine etwaige Einbuße an Rechten, die ihnen der Magistrat zumutete, ohne weiteres hinzunehmen. Und als der Vorsitzende G. Müller noch einmal die Angelegenheit vortrug, und bewies, daß der Magistrat im Gegensaatz zu der Deputation die Pfisterarbeiten anstatt an den Mindestfordernden an einem um 1000 M. teureren Unternehmer vergeben hatte, lobte ihn von allen Seiten Beifall. Die Antwort des Magistrats durch den Mund des Ersten Bürgermeisters war eine ziemlich reservierte. Es wären schwerwiegende Gründe, die ihn zu einer dergleichen Stellung geführt hätten; um den Ruf der Firma nicht zu schädigen, müsse er von einer weiteren Aussprache absehen; er sei jedoch geneigt, bei einer darauf hingzielenden Fragestellung den Stadtverordneten haren Wein einzuschänken. Nunmehr wurde vom Genossen Obst der Antrag gestellt, die Beantwortung der Frage in der Stadtverordneten-Versammlung, nicht wie von einer anderen Seite gewünscht, in einer Kommission erfolgen zu lassen. Dieser Antrag fand Annahme, und es steht mithin zu hoffen, daß dadurch der gesamten Bevölkerung Gelegenheit geboten wird festzustellen, ob der Magistrat die Wünsche der Stadt den Wünschen der Stadtverordneten entsprechend führen will oder nicht.

Eine längere Diskussion brachte ferner der Antrag des Magistrats, aus Anlaß des letzten großen Brandes der Berliner Feuerwehre die Summe von 600 M., der Schöneberger Wehre die Pauschalsumme von 200 M. (dem Feldwebel 20 M., 6 Oberfeuerwehrgenossen je 10 M., 36 Feuerwehrgenossen je 5 M.) zu überweisen. Gen. Obst konnte sich mit dem Modus einer Klassifizierung für die von allen Personen geforderten Aufopferungen nicht einverstanden erklären. Ein großer Teil der Feuerwehrgenossen hätte 6, die übrigen 5 Tage hintereinander Dienst gehabt, ohne nach Hause gekommen zu sein. Hieraus gehe hervor, daß gerade die Feuerwehrgenossen die größte Tätigkeit einbrachten. Obst beantragte, ohne Unterschied jedem Feuerwehrgenossen 10 Mark zu bewilligen. Solwohl dieser als ein anderer Antrag, der für den Feldwebel 20 M. für alle anderen aber 10 M. festgesetzt haben wollte, wurde abgelehnt und es blieb bei dem Vorschlag des Magistrats.

Das Fortbildungsschulwesen in Nizdorf führte in der letzten Sitzung der dortigen Gewerbe-Deputation zu ein-

gehenden Erörterungen. Am Unterricht in der städtischen Fortbildungsschule nehmen etwa 300 Schüler teil. Am besten besetzt sind die sieben Zeichenklassen. Das eigentliche Fachzeichnen wird von 53, das Freihandzeichnen von 22 Schülern betrieben. Der Zeichenunterricht soll nunmehr nach dem von der Regierung gutgeheißenen Plan eingerichtet werden, den der Regierungs- und Gewerbeamt Sachverstand hat. Es handelt sich um eine bessere Gruppierung, die die Einrichtung einer achten Klasse notwendig macht. — Der wichtige Unterricht in Physik hat leider nur sieben Schüler zu fesseln vermocht, so daß die Deputation sich gezwungen sah, ihn vorläufig eingehen zu lassen, wobei besonders berücksichtigt wurde, daß es an Instrumenten fehlt und daß sich solche jetzt nicht beschaffen lassen, weil keine Mittel verfügbar sind. Man will dafür sorgen, daß in den nächsten Etat die benötigte Summe eingestellt wird. Der Gesangsunterricht wird vom Lehrplan gänzlich verschwinden, dagegen soll die einfache Buchführung vom nächsten Jahr ab nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer gelehrt werden. Von der doppelten Buchführung wurde Abstand genommen. Der Besuch der Nizdorfer Fortbildungsschule ist von einem Kommissar des Ministers für die Größe der Stadt als zu gering befunden worden. Der Herr hat die Einführung des obligatorischen Unterrichts für das beste erklärt. Der Kreisamtsinspektor bemerkte dazu, daß dies gewiß das Ideal aller Mitglieder der Deputation sei. Aber, aber die Mittel! Die Stadt müßte etwa je einmal soviel als jetzt für die Fortbildungsschule ausgeben, wenn das Obligatorium eingeführt werden sollte. Die Geldfrage, die Nizdorfer Kommunalbehörden schon manches Mal lähmend beeinflusst hat, bewirkt denn auch, daß jede Debatte über den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht unterbleibt. Eine Pünktigung der besten Schüler wird nach einem weiteren Beschlusse nicht mehr stattfinden, um Eiferstücken zu vermeiden. — Die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule für Nizdorf steht in Aussicht. Die Anregung ist von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft ausgegangen. Es handelt sich um ein Privatunternehmen, das der Aufsicht der Gewerbe-Deputation unterstehen würde. Die Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen, eine der Deputation unterstehende private Gründung der Lehrer Bergmann und Engel, hat es bereits auf 151 Schülerinnen gebracht, wovon 85 Ehefrauen sind.

Neu-Weihensee. Ein erneutes Gesuch um Ueberlassung einer Turnhalle zu Unterrichtszwecken hat der hiesige Arbeiterturnverein an den Gemeindevorstand gerichtet. Der Zeitpunkt zur Erneuerung dieses Gesuchs ist insofern als günstig anzusehen, als auf dem neuen Schulgrundstück in der Goethestraße eine Turnhalle errichtet wird. Jedenfalls wird die Gemeindevorstellung sich mit der Angelegenheit zu befassen haben, und damit wird sich zeigen, ob die seiner Zeit gegen den Verein angewandten pädagogischen Maßnahmen des Amtsvorstehers als Nichtstun gelten, oder ob die Mehrheit sich frei weiß von kleinlicher Geschäftigkeit gegen alles was von der Arbeiterschaft ins Leben gerufen wurde. —

Halborientalonen ins Leben zu rufen, hat sich ein Komitee zur Aufgabe gestellt. Dieses gewiß lobenswerte Bestreben erfordert eine eigensinnige Beleuchtung durch die Gründe, die für diese Einrichtung sprechen sollen. Neben dem selbstverständlichen Zweck, den ärmeren Schülern die Wohlthaten einer Erholung zu teil werden zu lassen, sollen es namentlich die Klagen der Einwohner über Belästigungen der unterrichtsfreien Schulanjugend geweisen sein, die das Komitee zu seinem Vorgehen veranlaßt haben.

Aus Wilmersdorf wird uns berichtet: Obgleich auf den im Dezember vorigen Jahres gestellten Antrag der Gemeindevorstellung, die Verleihung des Stadterechts betreffend, eine Antwort noch nicht eingegangen ist, hat der sozialdemokratische Verein doch schon beschloßen, die Wahlagitiation in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zweck erfolgen Bezirksbesprechungen für Halensee am 30. Mai bei Heidemann, Westfälischestr. 44, für den nördlichen Bezirk am 6. Juni bei Mohr, Pariser Platz 55, für den östlichen Bezirk am 13. Juni bei Wollschläger, Ecke der Durlachstraße. In diesen Versammlungen werden ebenfalls die Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbe-Rat erledigt. Material hierzu wolle man an Löffler Wilhelm Piesker, Wilmersdorf, Goltzenerstr. 20 abmitteln.

In Johannisthal liegen die Schulverhältnisse, wie uns von dort geschrieben wird, sehr im argen. Die Kinder der unteren Klassen haben statt der vorgeschriebenen 22 Stunden wöchentlich vielfach nur 11 Stunden Unterricht; ebenfalls sind in den mittleren Klassen verschiedene Unterrichtsstunden ausgefällt. Erwägt man ferner, daß in der dritten Klasse 81 Kinder sitzen, so kann man sich ein Bild von der Art machen, wie vor den Thoren der Residenzstadt noch der Unterricht in den Gemeindevorstellungen gehandhabt wird. In dem Zimmer der erwähnten Klasse sitzen die Kinder gedrängt, daß es ihnen an Platz fehlt, um die schriftlichen Arbeiten gehörig zu erledigen. Die Gemeindevorstellung hat beschloßen, sich wegen Aufstellung eines Lehrers und einer Erzieherin für die erkrankte Lehrerin an die Regierung zu wenden. Leider ist der Beschluß des Gemeindevorstandes, die Nichtentschädigung für unverschuldeten Lehrer von 200 M. auf 240 M. zu erhöhen, von der Regierung nicht bestätigt worden. Die Berufsfreiheit der arg geplagten Männer wird dadurch kaum erhöht werden.

Die Pfingstmaien und Gendarmen. Die Gendarmen der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Storow ist angewiesen worden, den mit Birkenreisern nach Berlin fahrenden Händlern besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Urprüngbarkeit für die Pfingstmaien sich vorzeigen zu lassen. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren Birkenwälder in der Umgebung Berlins in größerem Umfang von dergleichen Handelsleuten geplündert und beschädigt worden sind.

Familienkatastrophe. Tot aufgefunden wurden heute morgen in ihrer Wohnung in der Wilhelmstr. 21 zu Neu-Weihensee die Frau des Drochsenhändlers Godardt und ihr ein Jahr und vier Monate altes Töchterchen. Wie von der Kriminalpolizei festgestellt wurde, hat Frau G. ihr Kind ermordet und dann sich selbst das Leben genommen. Die Ursache zu diesem Kindesmord und Selbstmord soll in traurigen Familienverhältnissen zu suchen sein.

Die Firma G. Jordan in Reinickendorf, Provinzstr. 67, teilt uns zu der am Sonnabend gebrachten Nachricht über die Verhaftung ihres Werkmeisters berichtend mit, daß die Mitteilung in keiner Weise den Thatfachen entspricht. Von einer Verhaftung des Werkmeisters Herrn Behrens, wie überhaupt von einem Verdacht gegen ihn sei niemals die Rede gewesen. Wir bedauern unter diesen Umständen natürlich auf das lebhafteste, einer solchen Nachricht Raum gegeben zu haben.

Die Beschädigungen, die durch Abflüsse der Charlottenburger Rieselfelder von Karolinenhöhe an Grundstücken in den Spandauer Weinbergen angerichtet worden, haben die Spandauer Polizeiverwaltung veranlaßt, den Werdinger Thierme aufzufordern, seine Wohnstätte zu räumen, weil der Aufenthalt darin infolge der unablässigen Verunreinigung und Verkeimung durch Nieselnwasser lebensgefährlich sei; die Vanilleflecken sind durch Unterspülung dem Einfluß nahe gebracht. Bei andern Grundstücken in derselben Gegend ist die Anordnung ähnlicher polizeilicher Maßregeln binnen kurzem zu erwarten. Da die betroffenen Ackerwirte sämtlich Viehzüchter und Wirtschaft treiben, so müssen sie gleichzeitig mit dem Verlassen der Besitzung auch ihre ganze meist von den Werdlern übernommene Wirtschaft aufgeben. Den Leuten ist, falls sie kein anderes Unterkommen finden können, eine alte Kaserne, die die Stadt vor einiger Zeit gekauft hat, als vorläufiges Asyl angewiesen worden. Soweit sie infolge der Aufgabe ihrer Wirtschaft auch mittellos

werden sollten, muß die Stadt für sie sorgen. Für alles hat aber die Stadt Charlottenburg aufzukommen, da deren Entschädigungspflicht durch vorhergegangene Prozesse in höchster Instanz bereits anerkannt ist. Nur der Entschädigungsbetrag soll noch im Klageweg ermittelt werden.

Sociale Rechtspflege.

Die Frage, ob und wann Musiker Gewerbegehilfen sind, ist nunmehr auch im Verwaltungsstreitverfahren in letzter Instanz entschieden worden. Es handelte sich um einen Rechtsstreit der Stadt Berlin gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Stadt beanspruchte von der Kasse 185 M., die sie für die Verpflegung des geisteskranken Musikers Raak in Dalldorf ausgegeben hat. Der Vertreter machte geltend, Raak habe in den Jahren 1896 bis 1898 als Gehilfe des Kapellmeisters Klud im Emsbergischen Ballspiel-Tanzmusikkloster und sei durch diese Art seiner Tätigkeit Mitglied der besagten Kasse geworden, so daß diese verpflichtet gewesen wäre, ihm 13 Wochen lang das übliche Krankengeld zu zahlen. Der Anspruch des St. sei auf die Stadt übergegangen. Der Vorstand der Kasse bestritt jeder Verpflichtung Raak und der Stadt gegenüber. Er unterläge als Musiker überhaupt nicht der Versicherungspflicht, weil er kein gewerblicher Arbeiter sei. Nur solche Personen, die bei der Herstellung eines Gewerbes-Erzeugnisses mitwirkten, seien versicherungspflichtig. Die Tätigkeit eines Musikers könne hierzu nicht gezählt werden, denn sie gehöre ihrer Natur nach zu den freien Künsten. Gleichgültig sei dabei, ob bei der Ausbildung der Kunst in jedem Fall ein höheres Kunstinteresse obwalte oder nicht. Der Bezirksausschuß wies die Klage der Stadt ab und nahm gleich dem Reichsgericht an, daß die Musiker lediglich eine künstlerische Tätigkeit entfalteten. Auf die Berufung der Stadt hob jedoch das Ober-Verwaltungsgericht die Sor-entscheidung auf und verurteilte die Kasse nach dem Antrag der Stadt. Es wurde begründend ausgeführt: Musiker seien zum Teil versicherungspflichtig, zum Teil nicht. Es komme ganz darauf an, ob sie als gewerbliche Arbeiter und Gehilfen oder als Künstler anzusehen seien. Bei der Entscheidung dieser Frage sei der Prognostik zu folgen, die auf dem Gebiet der Zuverlässigkeit und Altersversicherung sich herausgebildet habe. Danach sei für die Bejahung oder Verneinung der Zwangsversicherung entscheidend der Charakter des Gesamtunternehmens, bei dem der betreffende Musiker mitgewirkt hat, ohne Rücksicht auf die Leistungen und auf die Vorbildung des einzelnen Mitarbeitenden. Wüste bei dem Gesamtunternehmen ein höheres Interesse der Kunst ob, dann seien die mitwirkenden Musiker nicht versicherungspflichtig, im anderen Falle seien sie versicherungspflichtig. Hier habe die Kapelle, der Raak angehört, in einem gewöhnlichen Ballspiel zum Tanze aufgeführt, Raak müsse deshalb als versicherungspflichtig angesehen werden. Er hätte somit thatsächlich an die besagte Kasse Ansprüche gehabt, die wegen der Verpflegung in der Dalldorfer Anstalt auf die Stadt übergegangen seien.

Auf die sechs-wöchentliche Kündigung der „mit höheren technischen Leistungen betrauten Personen“ erhoht der Techniker W. in einem Rechtsstreit Anspruch, den er gegen den Ingenieur und Maschinenfabrikanten Kortum beim Gewerbegericht führte. Der Kläger war im technischen Bureau des Beklagten als Zeichnenbeschäftigter gewesen und hatte dort kleinere Zeichnungen verfertigt und sogenannte Bauten angefertigt. Die Kammer V. unter dem Vorsitz des Dr. Voigt erklärte solche Arbeiten für keine höheren technischen Dienstleistungen und riet dem Kläger, sich im Vergleichsweg mit einer Gehaltsentschädigung für 14 Tage zu befrieden zu geben. Ein entsprechender Vergleich kam denn auch zu stande.

Veranstaltungen.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend hatte am 20. Mai eine Ausschusssitzung anberaumt. Aufgenommen wurden die Vereine „Süd-Ort III“ und „Gesangverein der Maurer“ in Wilmersdorf. Der Wahlverein des dritten Berliner Kreises hatte zum Stiftungsfest einen indifferenteren Gesangverein engagiert, was zur Folge hatte, daß am 1. Mai seitens der zugeteilten Vereine nur eine schwache Beteiligung bei der Gesangsauflösung erfolgte. Von seiten des Vorstandes wurde dieses gerügt und zugleich mitgeteilt, daß diese Angelegenheit endlich geregelt sei. — Dem Vorstand wurde bekanntgegeben, daß die Vereinbarungen zum Sängerfest am 5. August mit dem Delonem vom „Schloß Weihensee“ nunmehr abgeschlossen sind und eine bedeutende Verbesserung im Aufbau stattgefunden. — Zur Einleitung der Lieblingstunden nach Bezirken sollen Sitzungen mit den Vertretern der Vereine zur näheren Besprechung einberufen werden. — Zum Schluß wurden diejenigen Gesangsvereine, welche im Nieder-Parunmer Kreise, im 6. sowohl wie im 4. Kreise domicilierten, aufgeführt, sich an den im „Schloß Weihensee“ stattfindenden Volksfesten zu beteiligen.

Der Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung, in der als einziger Punkt die Fortsetzung der in der vorigen Generalversammlung begonnenen Debatte über die Angelegenheit Vitsin auf der Tagesordnung stand. Den Anlaß zu dieser Debatte bot ein Antrag, welcher verlangt, daß Vitsin, der vor 1 1/2 Jahren wegen eines in der von ihm verwalteten Zahlstellenkasse vorgefundenen Fehlbetrags seines Amtes entsetzt worden ist, wieder innerhalb des Verbandes agitatorisch thätig sein darf. Ein Gegenantrag verlangte, daß Vitsin aus dem Verbande gänzlich ausgeschlossen werde. In der Debatte, die fünf Stunden lang, mitunter in recht leidenschaftlichem Ton, geführt wurde, brachten mehrere Redner eine Anzahl von Unregelmäßigkeiten zur Sprache, deren sich Vitsin bereits in früheren Jahren schuldig gemacht haben soll. Vitsin stellte diese Anschuldigungen in längerer Rede als un begründet hin und suchte sie zu entkräften. Nachdem bereits ein großer Teil der Versammlungsbesucher den Saal verlassen hatten, wurde um 1 Uhr mit 269 gegen 222 Stimmen beschlossen: beim Hauptvorstand den Ausschluß Vitsins zu beantragen. Das Resultat der Abstimmung wurde einerseits mit Applaus, andererseits mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Verein der Zimmerer hielt am 20. Mai seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß wegen der Feier des 1. Mai 24 Mitglieder des Vereins gemeldet worden, die insgesamt 218,20 M. Unterstützung erhielten. Es entspann sich sodann eine längere Diskussion über die Presse, wobei Gemeinlich der Wunsch ausgesprochen, daß der Zimmerer in der „Einigkeit“ eine Rubrik frei gelassen werde, in der sie ihre Angelegenheiten besprechen können. Thiemer, Redacteur der „Einigkeit“, erklärte, daß er sich alle Mühe gebe, um den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

Der Buchbinder-Verband hielt am 22. Mai bei Feuerstein, Alte Jakobstraße, seine Mitgliederversammlung ab. Herr Joel hielt einen sehr lehrreichen Vortrag. Zur Herstellung von Blättern mit einem Adressenverzeichnis unter Zahlstellen wurden 50 M. bewilligt. Ferner gab Schubmacher bekannt, daß am 16. Juni auf der Teptow-Sternwarte ein Vortrag und am 10. Juni von Adlershof aus eine Besichtigung der Baumhauke in Teptow stattfindet und daß die Kollegen von Adlershof unsern Arbeitsnachweis und Rechtschutz benutzen und ihre Unterstützung bei der Zahlstelle Berlin erheben.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche hielten am 22. d. M. eine außerordentlich wichtige Vereinsversammlung ab. J. Wolfheim sprach über: „Leben und Lust“. Seine lehrreichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Finghen von der Anna Wolff u. Glaserfeld bezeichnen die Behauptung der öffentlichen Versammlung vom 11. Mai, wonach in dieser Fabrik ein junger Mann eingestellt sein soll, um die Arbeiterinnen beim Verlassen der Fabrik nach gestohlenen Waren fürpfehllich zu untersuchen, als unwohr.

Die Drechsler hatten am 23. Mai im Gewerkschaftshaus eine Versammlung einberufen, in der Robert Schmidt über Tarifverhandlungen sprach. Redner stellt den Abschluß solcher Verträge inunpatisch gegenüber, betont aber, daß zur Innehaltung solcher Verträge eine gute Organisation der Arbeiter notwendig ist. Die Diskussion gestaltete sich im allgemeinen zustimmend zu dem Vortrag. Sodann wurde der Streit bei der Firma Völkow erörtert. Nach den Angaben der Auskündigen sind bei der Firma Abzüge vorgelommen, die zu den Differenzen führten.

Im Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Berlin und Umgegend hielt am 22. d. M. Viererbe einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Socialdemokratie und das platte Land“. Zum Kongreß wurde Weise delegiert.

Eine Versammlung des Verbands der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands tagte Dienstag im Kolberger Salon. Zum Verbandstag wurde ein Delegierter gewählt. Betreffs der Arbeitslosen-Unterstützung entspann sich eine längere Diskussion, in der verschiedene Redner für und gegen sprachen. Das Mitglied Dr. Will wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Einige Kollegen sprachen noch den Wunsch aus, daß die Mitglieder der Versammlung mehr befragen möchten, damit sie die Verhältnisse des Verbands mehr kennen lernen; dann würde es ihnen auch möglich sein, eine wirksamere Agitation zu entfalten.

Ober-Schöneweide. Am 26. Mai sprach hier in einer außerordentlich stark besetzten Versammlung Adolf Hoffmann über das Thema: Glaube und Vernunft. In der hierauf folgenden Besprechung wies John darauf hin, daß in nicht langer Zeit unsere Gemeinde wohl auch eine Kirche erhalten würde. Die hierfür aufgewendeten Mittel wären weit besser zur Befreiung einiger unangenehm fühlbaren Mißstände am Ort angebracht. Der wirksamste Protest wäre ein Massenaustritt aus der Landeskirche.

Köpenick. Im Arbeiterverein sprach hier am 22. Mai Adolf Hoffmann über das Thema: Die lex Heinze und die sittlich Unportent. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Rummelsburg. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Anilinbranche hielten hier am 20. d. M. eine gut besetzte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über die Lage der Arbeiter referierte. Redner weist darauf hin, daß die witzigen Lohnaufbesserungen der Arbeiter in keinem Verhältnis zu den großen Gewinnen stehen, die die Industrie einnimmt. Fast ohne Ausnahme bleiben die erhöhten Löhne in ihrer Wirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter ohne Einfluß, da die Preise für notwendige Lebensmittel sehr gestiegen sind. Um eine bessere Lebenslage herbeizuführen, sei die Organisation thätigst zu fördern.

Johannisdahl. Am 21. Mai fand hier bei Entfleben eine sehr zahlreich besetzte Versammlung statt, in der Genosse W. Liebschnecht einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Redner besprach eingehend den Kampf gegen die lex Heinze, die Frottenvorlage und das Fleischbeschaugesetz und kritisierte, wie unter diesen futur- und volkstheindlichen Gesetzesvorlagen jeder Fortschritt der Socialpolitik unterdrückt wird.

In Zehlendorf fand am verfloffenen Sonntag eine öffentliche Volksversammlung statt. Die Voreiligung an derselben war eine so starke, daß der Saal des „Waldschlößchen“ die Zuhörer kaum zu fassen vermochte. Genosse Göhrz sprach über die Gründe, die ihn zum Eintritt in die socialdemokratische Partei veranlaßt haben. Der Vortrag ist unseren Lesern bekannt. Eine Diskussion fand nicht statt. Alsdann folgte die Konstituierung des socialdemokratischen Vereins für Zehlendorf und Umgegend, Beratung der Statuten und Wahl eines provisorischen Vorstands. Den letzteren bilden die Genossen Krause, Heinrich und Richter. Nachdem noch Worte die Anwesenden zur Unterstützung des Werts, der seinen Saal zur Verfügung gestellt habe, aufgefördert, und die Genossen Heinrich und Richter spezielle Zehlendorfer Verhältnisse besprochen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. In einer sehr gutbesetzten Mitglieder-Versammlung des Centralverbandes der Maurer sprach am 21. Mai Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow über: Wirtschaftliche Kämpfe und Arbeiter-Organisationen einst und jetzt. Unter Gewerkschaftlichen wurden die Bestimmungen des Arbeitsnachweises, wie sie der Deutsche Bauarbeitgeber-Bund vorgelegt hat, einer heißen Kritik unterzogen. Man sprach sich allgemein dahin aus, den Arbeitsnachweis in der vorgelegten Form nicht zu benutzen.

Vereinskalender.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Rich. Heise, Schöneberg, Grunewaldstr. 99. Früher Kassierer: Steinhil, Bldstr. 16. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an O. Maack, Streifgasse 15, Hof 2 Treppen. **Mittwoch.** Liednachstunde abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — **Verderffreiheit I.** Wäcker, Langestr. 108. — **Norddeutsche Solofrie.** Falsche, Reichstr. 15. — **Yreva I.** (Gemischter Chor), Schüller, Rosenfelderstr. 57. — **Vorberkeranz.** Späth, Weinstr. 28. — **Viedertisch I.** (1885), Koll, Köpenickerstr. 21. — **Spandauer.** in Spandauer, Kaditz, Rummelsburgerstr. 5. — **Deutsche Eiche I.** Zimmermann, Grüner Weg 29. — **Allegro.** Wessel, Brangelstr. 136. — **Freier Männerchor „Nord-Weh“.** Schüller, Stepanstr. 31. — **Gleichheit.** Grwald, Bernauerstr. 95. — **Schnegeldtschen I.** Kirdorf, Köpfe, Hermann- und Rosengartenstrassen-Gde. — **Söhnung I.** Brandenburg a. O. Bütchenow, Wredowstr. 17. — **Arbeiter-Gesangverein „Bris“** in Britz, Dorra, Bürgerstr. 4. — **Rotenburgh.** Charlottenburg, Dorfstr. 3, Teelmeierstr. 11. — **Deinallong.** Löwen, Weller, Köpenick, 101. — **Wacht auf, Danke!** Tanzgasse 71. — **Sozialist X.** Kamen, Kabin, Markt 16. — **Treu und Fest I.** Grunow, Grüner Weg 110. — **Sunderbunt.** Pfänder, Wilmersdorf 22. — **Da u. Wehrensen.** Zimmermann, Köpenickerstr. 30. — **Serafin.** Charlottenburg, Precht, Odendörferstr. 1. — **Jäger und Jagd.** Seelitz, Kollertalle, Adlershof 130. — **Wiebelsstr. II.** Potsdam, Voigt's Blumengarten, Spandauerstr. 38. — **Weltwärts.** Schüller, Köpenickerstr. 57. — **Entertinen.** Tolkühn, Putzowstr. 22. — **Freie Stunde.** Schüller, Mantelstr. 72. — **Treu und Fest II.** Neumann, Köpenickerstr. 17. — **Zukunft III.** Kieder-Schönhausen, Zettelforn, Udenstr. 1. — **Vorwärts I.** Koll, Adalbertstr. 21. — **Einde.** Schebera, Schönhauser Allee 65. — **Eichentanz II.** Knodrich, Soldinerstr. 36. — **Freiwillig-Abgeordneter-Sängerkreis.** Friedr.berg, Gönrad, Friedr.berg 138. — **Früh auf II.** Borussia 6. Potsdam, Friedr.berg, Mittelstr. 12. — **Freudlicher Gesang.** Schulz, Bomborierstr. 8. — **Diana.** Kaditz, Kollertalle 53. — **Freundschaft.** Restaurant Gde Udenstr. 4. — **Weidenweg.** — **Zimmerer.** Friedrichsberg, Gorgas, Schmarwederstr. 4. — **Melodia II.** Franz, Dunderstr. 8. — **Freiheit-Kord.** Franke, Schuller 21. — **Süd-Weh.** Vadenwig (Klostergasse), Kammantenderstr. 66. — **Fortschritt.** Friedr.berg, Köpenickerstr. 137/138. — **Kirchner-Männerchor I.** Kirdorf, Kollertalle, Wegerstr. 130/137. — **Freie Säger Kirdorf.** Gramer, Hermannstr. 109, Kirdorf. — **Welchtlinger.** Charlottenburg, Bader, Wollstr. 94. — **Darwin.** Zober, Grüner Weg 14. — **Sangehuld III.** Tempelhof, Gerh. Dorfstr. 18.

Gesang, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch: Rauchsclub „Schmoll's Werte“, Norder, Vongstr. 9. — **Nymphas alba.** Verein für Karrieren und Terrorientunde zu Berlin. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. des Monats, Restaurant Bürgergarten, Bernauerstr. 8. — **Doppel-Quartell „Stern“**, abends von 9-11 Uhr bei Reimsberg, Schwedischerstr. 17. — **Club der Sternlosen.** 9 Uhr bei Dreider, Udenstr. 218. — **Stattlauf „Ramenia“.** Gumlind, Reichensbergerstr. 149. — **Wundharmonika-Verein „Symphonie“.** Uhl, Anton und Prinz Eugenparken-Gde. — **Stoffauf-„Revolution“.** Gols, Schmarwederstr. 3. — **Theaterverein „Proletariat“.** Dresden-Garten, Dresdenstr. 45. — **Kritiken und Kampfrort-Verein „Neues Bild“.** jeden Mittwoch nach dem 1. bei Koll, Kottbuler Dam 103. — **Häher-Cord „Harmonie“.** Restaurant „Zur Gitter“, Staligerstr. 31. — **Propagandeverein „Nord-Ort“.** Potzdam, Obingerstr. 9. — **Gesangverein „Nordhem“.** Berman, Schmarwederstr. 23/24. — **Kraft-Rub.** Philipp Hand, Vleg-nbergstr. 40. — **Club „Zukunft“.** alle 14 Tage bei Blunze, Reanderstr. 5. — **Männer-Tambour-Verein „Zur Woge“.** Kollertalle, Udenstr. 241a. — **Männer-Gesangverein „Fester Wille“.** Gnas, Vongstr. 9. — **Männer-Gesangverein „Jammersrad“.** Hildebrand, Bernauerstr. 41. — **Theaterverein „Freier Wille“.** Wollstr. 94, Domplatz 186.

Arbeiter-Turnerclub. Mittwoch: Turn- „Richte“, Berlin, abds. von 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Udenstr. 57. 2. Männer-Abt. Bld-str. 17/20. 3. Männer-Abt. Köpfe 26/27. 4. Verhüllungs-Abt. Staliger-str. 55/56. 5. Verhüllungs-Abt. Stephanstr. 3. — **Frei-Turner-Club.** Kirdorf, Vich, 2. Schüler-Abt. von 6 1/2-8 1/2. 2. Männer-und Verhüllungs-Abt. von 8 1/2-10 1/2 Uhr abends. Belege in Britz.

Schülerinnen-Abt. von 6 1/2-8 1/2. Frauen-Abt. von 8 1/2-10 1/2 Uhr abds. Peters, Ankestr. 113. — **Freie Turnvereins-Turnverein.** abds. 8-10 Uhr, Senftenber. — **Arbeiter-Turn-Vereins-Club.** Udenstr. von 8 1/2-10 1/2 Uhr abends. Schmarweder, Bismarckstr. 16. — **Turnverein d. S. Kreis.** (Begründet 1882), I. Lehrlinge-Abteilung von 8-10 Uhr Mantelstr. 7.

Arbeiter-Rancherclub Berlin und Umgegend. Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Kollertalle, Kirdorf, Wollstr. 1. **IV. Mittwoch:** **Artone.** Ammer, Konrad, Reichensbergerstr. 16. — **Wald-grün.** Rungz, Forststr. 36. — **Frei Weg.** Schöneberg, Hoppe, Reichensbergerstr. 7. — **Adèle Rancher.** Kirdorf, Kollertalle, Köpenickerstr. 1. — **Zweigesang.** Ziebold, Mantelstr. 66. — **Granate.** Engel, Forsterstr. 56. — **Libelle Brüder.** Friedrichsberg, Vogie, Udenstr. 20. — **Freudlich-Gemut.** Schüller, Strömstr. 28. — **Deutscher Michel.** Pantof, Grisel, Kaiser Friedrichstr. 15. — **Die Dampfbauer.** Sauer, Reichensbergerstr. 162. — **Hiederdrück.** Kollertalle, Köpenickerstr. 81. — **Ein Ton.** Schmidt, Kollertalle 25. — **Kornblume I.** Kollertalle, Schmarwederstr. 71. — **Einigkeit II.** Wäcker, Udenstr. 57. — **Aller-Stamm.** Kollertalle, Kollertalle-Damm 18/19. — **Lebenslute.** Gelling, Grüner Weg 120. — **Note Reiter.** Weihensee, Schmarweder und Weihensee-Str. Gde. — **Otne Fürcht.** Schmidt, Wellerstr. 44. — **Einloch.** Belg, Güterstr. 27. — **Früh gemut.** Otto, Vongstr. 20. — **Kornblume S. O.** Gode, Oppelnerstr. 19. — **Waldenluft.** Gandt, Udenstr. 24. — **Berzaget nie.** Schöneberg, Kreyer, Sebanstr. 48. — **Weisenbedel.** Trichter, Friedr.berg 69. — **Berwärt.** Seiffert, Güterstr. 2. — **Bul-garien.** Rosowky, Köpenickerstr. 56. — **Granitum.** Schmeiß, Reichensbergerstr. 4. — **Freundlich-Gemut.** Jäger, Grunewaldstr. 13. — **Zufriedenheit.** Kollertalle, Jägerstr. 46. — **Lange Pfeife.** Friedrichsberg, Hecht, Wollstr. 5. — **Adelshaus.** Kollertalle, Bomborierstr. 9. — **Tabak zur Wache.** Weier, Charlottenburg, Wollstr. 94. — **Sommerfest.** Friedrichsberg, Grisel, Kronprinzstr. 45. — **Erceher.** Weier, Griselstr. 33. — **Hiederdrück II.** Friedrichsberg, Schüller, Frankfurter Allee 171. — **Rosenblume.** Thele, Köpenickerstr. 8. — **Gdelweh.** Kirdorf, Peters, Ankestr. 113. — **Dame Jwang.** Krüger, Mannstr. 54. — **Zorgenlos.** Wuppert, Köpferstr. 82. — **Cualmbräder.** Rummelsburg, Kollertalle, Friedr.berg 37. — **Gewaltlute II S. O.** Kollertalle, Brangelstr. 104. — **Haß und Held.** Häufler, Wellerstr. 61.

Arbeiter-Schwimmerclub. Anfragen sind zu richten an E. Braake, Schuller 24. **Mittwoch:** Schwimmverein „Nord“. Uebungsstunde abends 7 Uhr im Admiralsgarten-Bad, Friedr.berg 102.

Vereins- und Diskussionsklub. Mittwoch. Socialistenklub „Vorwärts“, Christiania, Diaz Aves Platz Nr. 8, Café Kettler. Jeden Mittwoch: Diskussion.

Arbeiter-Zenographenverein „Tolze“. (Einigungssystem.) Bezirk „Norden“, bei Glemert, Schuller 29, abends 8 1/2 Uhr. **Schäfer, Kutscher und Bauschreiber in der Maßfabrik!** Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung im Grand Hotel Alexandersberg, Gde Nere-Röhmische, Tagesordnung: 1. Die Verhandlung in der Wirtschaftsgenossenschaft und unsere Stellungnahme dazu. Referent Kollege Straube. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Vermischtes.

Zu der Königer Mordaffaire wurde gestern der Fleischermeister Hoffmann unter dem Verdacht des Mordes an den Gymnasialisten Winter verhaftet. Gegen Hoffmann wurde bekanntlich gleich zu Anfang der Affaire Verdacht gehabt, weil Winter mit der Tochter ein Verhältnis gehabt haben soll. Man vermutete damals einen Nacheat. Die „Staatsb. Jtg.“, die den realistischen Charakter des Hoffmann betont, läßt sich berichten, daß ob dieser Verhaftung große Aufregung in König herrsche.

Zu Czerst (Weißbuchen) hat sich der Polizeibeauftragter Bengel eine grobe Verurteilung der ihm anvertrauten amtlichen Gelder zu Schulden kommen lassen. Er verstand es, sich etwa 3000 M. durch falsche Buchungen zc. zu verschaffen und verbrauchte das Geld in Sauf und Wras. Als die That entdeckt wurde und W. in Untersuchungshaft genommen werden sollte, vergiftete er sich. Eine Witwe und vier unergogene Kinder bleiben in den dürftigsten Verhältnissen zurück.

Von den 15 Arbeitern, welche am 10. Mai in der Gewerkschaft zu Jänkerath (Eifel) von der heißen Gießmasse einer umgefallenen Pfanne überschüttet wurden, sind bereits sieben gestorben.

Vom kranken Bayernkönig. Im Finanzanschuss der bairischen Abgeordnetenlammer gab Ministerpräsident Freiherr von Crailsheim Anklärung über das Befinden des Königs Otto. Er (Minister) habe sich genaue Aufschluss von dem behandelnden Arzt geholt. Danach besteht keine unmittelbare Gefahr für das Leben des Königs. Körperlich leidend sei der König seit zwei Jahren. Genau seine nach das Leiden nicht. Entweder sei es ein Klafen- oder ein Nierenleiden. Eine genaue Konstatierung sei unmöglich, da der König einer körperlichen Untersuchung den größten Widerstand entgegensetze. Gewollt wolle man aber nicht anwenden. Es sei deshalb auch von einer heabsichtigten Untersuchung mit Königs-Strahlen abgesehen worden. Der König könne sich, wenn er luge, nicht allein wieder erheben. Er könne auch nicht gehen und sich daher im Garten auch nur sitzend aufhalten. Appetit und Verdauung seien gut, ebenso der Schlaf.

Heber eine eigentümliche Menschenqualerei wird der „Woff. Jtg.“ aus Paris berichtet: Unter Zeit war es vorbehalten, eine neue Folter zu erfinden, von der man in den Tagen der peinlichen Gerichtsbarkeit nichts wußte, die aber ruhig der Daumenschraube, dem spanischen Stiefel und der Wasserprobe an die Seite gestellt werden kann: es ist die „Vergügungstreife nach der Weltausstellung“ unter den Bedigungen, unter denen eine große englische Fabrik sie für ihre Arbeiter veranstaltet hat. Die Brüder Lever in Port-Sunlight verfielen auf den großmütigen Gedanken, ihren 1700 Arbeitern und Arbeiterinnen eine Freude zu bereiten und ihnen die Pariser Weltausstellung zu zeigen. Das stellten sie nun so an: Freitag früh mit Tagesanbruch bestiegen die 1700 Spritzfahrer eine Anzahl Sonderzüge und führten den ganzen Tag von Port-Sunlight in Nordengland bis nach Dover, wo sie spät abends anliefen. Sie wurden sofort in zwei Sonderdampfern eingeschifft, kamen um 3 Uhr morgens in Calais und gestern Sonnabend früh gegen 8 Uhr hier an. Nach einer Abfütterung mit je zwei Eiern, kaltem Kaffee und Thee oder Kaffee wurden sie zwei Stunden lang in der Ausstellung umhergeführt, hierauf andre zwei Stunden in Krenfern durch die Hauptstraßen von Paris gefahrt, dann in einem Duval in zwei Schiben zum zweitenmal gefüttert und nachmittags endlich einige Stunden lang in der Weltausstellung sich selbst überlassen. Reizlich neu Rehnet der Engländer beuften sich, irgendwo im Schatten unterzuschlüpfen und sich auf Sandhaufen, Treppen, Rampen, unter Tropengängen, an Daumenschirmen hinzulegen oder, wo es möglich war, hinzulegen, um ein wenig zu schlafen. Die Stunden, die sie auf diese Weise der Ruhe und dem Schlummer widmen konnten, waren sicher die einzig erträglichsten des ganzen Ausflugs. Am Abend wurden sie an Füge des Eiffelturms wieder gesammelt und in Züge geordnet, ihre Führer stellten sich von neuem an ihre Spitze, unter Pfeifen-signalen und Befehlen ging es zur dritten Fütterung, worauf gegen 1/11 Uhr nichts die Rückfahrt antretten wurde. Heute Sonntag früh war die Gesellschaft in Dover und heute abend sollte sie sehr spät in Port Sunlight eintreffen, um morgen Montag früh um 6 Uhr wie gewöhnlich die Arbeit in der Fabrik zu beginnen. Die unglücklichen Arbeiter waren also drei Tage und zwei Nächte unterwegs, um halbt vor Ermüdung und jedenfalls völlig abgestumpft einige Stunden durch die Ausstellung zu galoppieren und andre Stunden im Ausstellungsgelbiet zu verdueren. Die Herren Lever räumten sich, daß diese Spritzfahrt sie 6000 Pfund Sterl., also 120 000 Mark, gekostet hat. Wer hat von diesem Geld Nutzen oder Vergügen gehabt? Es hat für das Lever'sche Geschäft eine große Eintagerelasse gemacht, aber die Arbeiter wurden einfach tosgelacht. Eine Großherzigkeit solcher Art ist grausame Menschenqualerei und sonst nichts.

Katastrophe auf hoher See. Die Fischerhaluppe „Gott mit uns“ ans Drest ist auf offener See mit ihrer aus zehn Köpfen bestehenden Mannschaft untergegangen. Ein weiteres schweres Schiffsunglück wird aus Engl. G. u. N. A. gemeldet. „Daily Express“ berichtet aus Damara, daß ein Personendampfer mit 120 Personen an Bord auf dem Fluß von Potano gesunken ist und 40 Personen dabei den Tod fanden.